

ERNST PIPER

Deutsche Revolution 1918/19

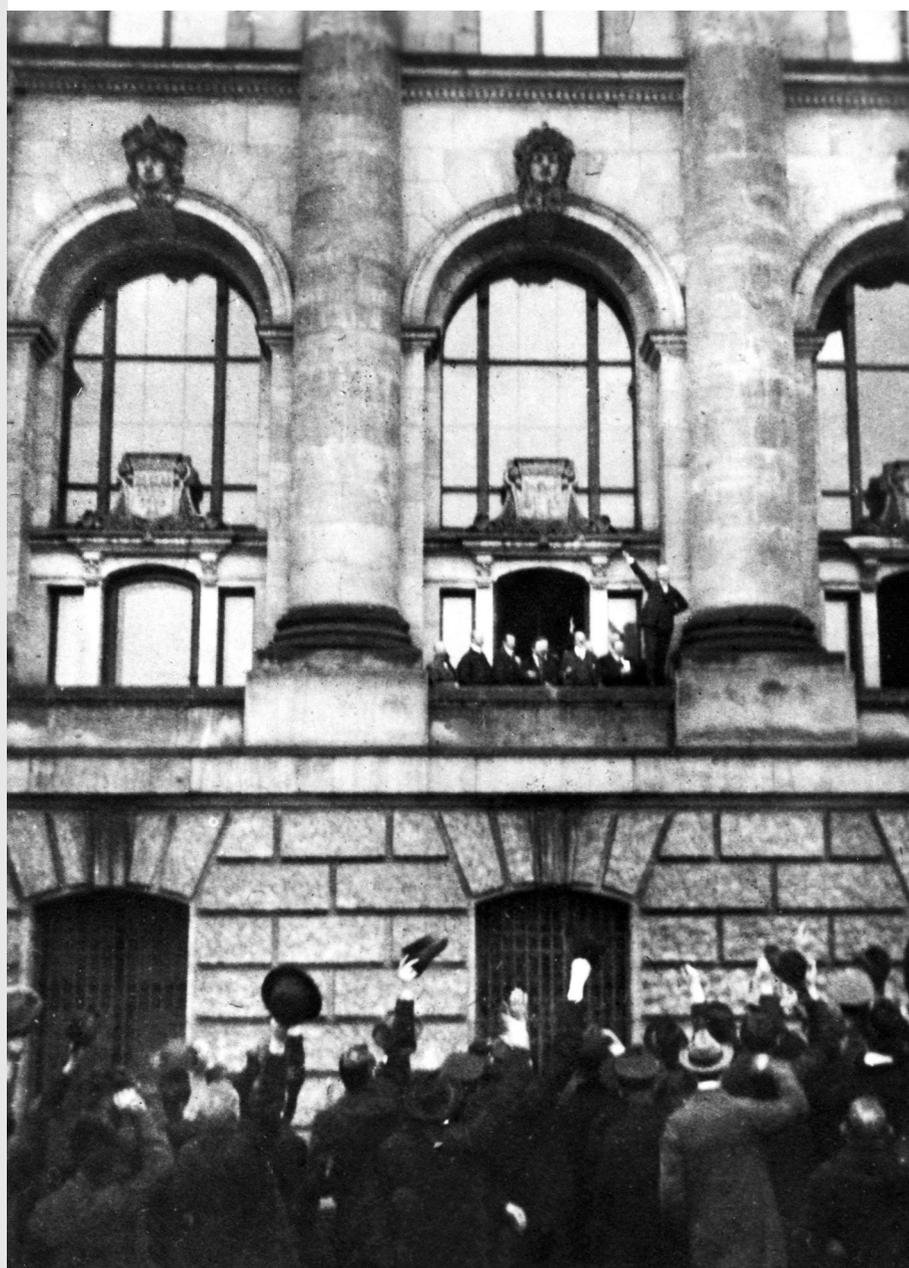
Die Revolution, die im November 1918 begann, ist in ihrer Deutung und Beurteilung bis heute so umstritten wie kaum ein anderes Ereignis der deutschen Geschichte. Sie markiert das abrupte Ende des 1871 gegründeten Kaiserreiches und schuf die erste parlamentarische Demokratie auf deutschem Boden.

In vielem hatte die Revolution von 1918/19 den Charakter einer bürgerlichen Revolution, denn eine erfolgreiche bürgerliche Revolution hatte es in Deutschland bis dahin nicht gegeben. Dagegen hatte in Russland 1917 eine sozialistische Revolution stattgefunden. Die Bolschewiki etablierten eine sozialistische Sowjetrepublik (Räterepublik) und entmachteten die Konstituante, das gerade neu gewählte Parlament.

Diese Ereignisse hatten eine starke Wirkung auch auf die politischen Kräfte in Deutschland. Die SPD war gespalten in eine Mehrheitspartei, die eine parlamentarische Demokratie anstrebte, und eine Minderheit, aus deren Reihen die Gründer der KPD hervorgingen, die eine Diktatur des Proletariats nach sowjetischem Vorbild errichten wollten. Hieraus ergab sich ein grundsätzlicher Konflikt zwischen den beiden Flügeln der Arbeiterbewegung, der sich ohne gewaltsame Auseinandersetzungen nicht lösen ließ und der, so unvermeidlich er war, die gerade gegründete Weimarer Republik von Anfang an belastete.

Inhalt

Russische Revolution	2
Französische Revolution	5
Deutsche Revolution	6
Nachspann: die Nationalversammlung	21
Deutungen	22



9. November 1918, Berlin. Philipp Scheidemann (mit erhobenem Arm) ruft auf dem Balkon des Reichstagsgebäudes die Republik aus. Möglicherweise wurde diese Szene nach dem Ereignis für die Fotografen nachgestellt. Erstveröffentlichung: Berliner Illustrierte Zeitung vom 24. November 1918

Russische Revolution*

In Petrograd, wie die russische Hauptstadt St. Petersburg ab 1914 hieß, gab es – ähnlich wie auch in den Städten anderer Krieg führender Staaten – im dritten Jahr des Ersten Weltkrieges Demonstrationen verzweifelter Menschen, die hungerten und immer drängender nach Brot und Frieden verlangten. Das zaristische Russland war den Anforderungen des Krieges weder militärisch noch wirtschaftlich gewachsen. Der ausbleibende Erfolg auf den Schlachtfeldern hatte einen großen Vertrauensverlust in die Führung des Landes und eine wachsende Kriegsmüdigkeit nach sich gezogen.

Am 8. März 1917 brachen in Petrograd Streiks aus, aus denen sich rasch ein Generalstreik entwickelte. Daraufhin erteilte Zar Nikolaus II. den Kosaken, militärisch organisierten Reiterverbänden, den Befehl, gewaltsam gegen die Demonstrierenden vorzugehen. Die Kosaken befolgten diesen Befehl nur zögerlich, dennoch gab es bei den Auseinandersetzungen mehrere Tote. Aber die Menschen ließen sich nicht aufhalten, inzwischen demonstrierten in der ganzen Stadt Hunderttausende und etliche Kosaken verbündeten sich mit ihnen.

Am 12. März schlossen sich auch die Soldaten der Petrograder Garnison dem Aufstand an, der bald die ganze Stadt beherrschte. Am Tag darauf liefen die Truppen, die der Zar nach Petrograd entsandt hatte, ebenfalls zu den Aufständischen über. Die Duma, das 1912 gewählte Parlament, trat nach längerer Pause wieder zusammen und am 15. März musste Nikolaus II. abdanken. 300 Jahre lang hatte die Dynastie der Romanows geherrscht, jetzt war die Zarenherrschaft beendet. Erster Ministerpräsident der Russischen Republik wurde Fürst Georgi Jewgenjewitsch Lwow, der eine provisorische Regierung anführte.

Wladimir Iljitsch Lenin, der wegen seiner gegen die Zarenherrschaft gerichteten Aktivitäten die Jahre zuvor im Schweizer Exil verbracht hatte, bestieg nach intensiven Verhandlungen mit der deutschen Regierung am 9. April in Zürich einen Sonderzug, in dem er und seine Begleiter ohne Kontrollen Deutschland durchqueren konnten. Am späten Abend des 16. April traf er in Petrograd ein. Auf dem Bahnhofsvorplatz erwarteten ihn begeisterte Menschenmassen. Auf einem Panzerwagen stehend hielt er seine erste Rede, die mit den Worten endete: „Es lebe die sozialistische Weltrevolution!“

Lenin hatte sich auf seine Rückkehr intensiv vorbereitet und er war entschlossen, so schnell wie möglich die Kontrolle über die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Russlands (Bolschewiki; SDAPR [B]) zu gewinnen. Bereits am nächsten Tag sprach er vor bolschewistischen Mitgliedern des örtlichen Sowjets „Über die Aufgaben des Proletariats in der gegenwärtigen Revolution“. Diese „Aprilthesen“ wurden drei Tage später in der „Prawda“, dem Parteiorgan der SDAPR [B], veröffentlicht und enthielten bereits den Kern seines Programms: Alle Macht den Sowjets, Beendigung des Krieges, Enteignung des Großgrundbesitzes, Verstaatlichung der Banken und Bildung einer Nationalbank, Gründung einer revolutionären Internationale sowie Umbenennung der Partei, da der Begriff „Sozialdemokratie“ durch die Burgfriedenspolitik der Parteien der Sozialistischen Internationale im Ersten Weltkrieg diskreditiert war.

* In diesem Kapitel sind alle Daten nach dem gregorianischen Kalender angegeben, der heute auf der ganzen Welt in Gebrauch ist. Im zaristischen Russland galt der julianische Kalender, der damals zum gregorianischen Kalender eine Differenz von 13 Tagen aufwies. Die Umstellung erfolgte erst am 1. (jul.) bzw. 14. (greg.) Februar 1918. Deshalb fanden nach unserem Kalender die Februarrevolution im März und die Oktoberrevolution im November statt.



23. März 1917, Petrograd. Trauerzug auf dem Newski-Prospekt mit Opfern der Februarrevolution



3./16. April 1917, Petrograd. Lenins Ankunft am Finnischen Bahnhof, undatiertes Gemälde von Mikhail G. Sokolow. Der Künstler fügte aus Gründen der Opportunität hinter Lenin auch Josef Stalin ins Bild, obwohl dieser nicht zu den Teilnehmern der Zugfahrt gehörte.

Am 22. April erschien in der „Prawda“ der Artikel „Über Doppelherrschaft“, in dem Lenin das Nebeneinander von Duma und Sowjets, d. h. von Parlament und Räten, grundsätzlich kritisierte. Er forderte bereits zu diesem Zeitpunkt den Sturz der Provisorischen Regierung, die sich auf die Duma stützte. Zuvor allerdings mussten die Bolschewiki die Kontrolle über die Räte erlangen, wovon sie zu diesem Zeitpunkt noch weit entfernt waren.

Im Juli 1917 kam es dennoch zu einem ersten spontanen Aufstandsversuch. Er begann am 16. Juli mit der Weigerung eines Maschinengewehrregiments, an die Front zu ziehen. Stattdessen zogen die Soldaten bewaffnet durch die Straßen von Petrograd. Rasch schlossen sich ihnen etwa 500 000 Arbeiter an und am Tag darauf auch 10 000 Matrosen aus Kronstadt, aber der geplante Generalstreik kam nicht zustande und die Koordination zwischen den revolutionären Kräften funktionierte nicht richtig.

Lenin lobte die Aufständischen, vermied es aber, sich in die Sache hineinziehen zu lassen, weil die spontane Erhebung aus seiner Sicht zu ungeplant und undiszipliniert war. Die Erfolgsaussichten waren ungewiss, die Übernahme der Führung durch die Bolschewiki ebenfalls. Dennoch erließ die Regierung nach dem Scheitern des Aufstands am 20. Juli einen Haftbefehl gegen Lenin und beschuldigte ihn, ein Handlanger der deutschen

Regierung zu sein. Er musste aus Petrograd fliehen und kehrte erst am 20. Oktober in die Stadt zurück.

Fürst Georgi Jewgenjewitsch Lwow trat infolge des Juliaufstands zurück, sein Nachfolger als Ministerpräsident wurde Alexander Fjodorowitsch Kerenski. Fürs Erste war die Doppelherrschaft tatsächlich beendet, allerdings nicht so, wie Lenin sich das vorgestellt hatte, sondern zugunsten der Regierung. Wie Lwow setzte auch Kerenski den Krieg gegen das Deutsche Reich fort. Das spielte Lenin in die Hände, denn die Kriegsmüdigkeit in der Bevölkerung war enorm groß.

Die Fortführung des Krieges und das gleichzeitige Ausbleiben militärischer Erfolge führten zu einer fortschreitenden Destabilisierung der innenpolitischen Situation. Kerenskis Kalkül, durch eine militärische Offensive gegen die Mittelmächte eine bessere Verhandlungsposition zu erreichen, ging nicht auf und erwies sich als kontraproduktiv. Außerdem ergriff die Regierung keinerlei Initiative, um die Verteilung von Land an die verarmten Bauern voranzubringen. Zwischen den beiden Themen bestand ein Zusammenhang, weil fast alle Soldaten im Zivilberuf Bauern waren, denn eine Industriearbeiterschaft gab es in Russland damals noch kaum. Wenn also das Thema Landverteilung doch einmal auf die Tagesordnung kam, wollten die Soldaten unbedingt dabei sein, was eine entschlossene Weiterführung des Krieges nahezu unmöglich machte.

Nach Lenins Rückkehr ging alles sehr schnell. Am 21. Oktober verfasste er die „Ratschläge eines Außenstehenden“, in denen er sehr konkrete Vorschläge für die Machtübernahme machte. Zwei Tage später wurde sein Plädoyer für den bewaffneten Aufstand bei einer konspirativen Nachtsitzung im Zentralkomitee der SDAPR [B] mit zehn zu zwei Stimmen gebilligt. Seine Überzeugung, dass der Aufstand unumgänglich sei und jede Verzögerung den Tod bringen könne, fand am 29. Oktober auch im erweiterten Zentralkomitee der Partei eine Mehrheit. Am 6. November verließ Lenin sein illegales Quartier und begab sich ins Smolny-Institut, wo die Bolschewiki ihr Hauptquartier hatten. Am folgenden Tag gelang es, alle strategisch wichtigen Punkte in der Stadt wie zum Beispiel

Brücken und Bahnhöfe zu besetzen, während die Regierung sich im Winterpalais verschanzte. Es fanden sich nur noch wenige Soldaten dazu bereit, die Regierung dort zu verteidigen, sodass der vielzitierte „Sturm auf das Winterpalais“ rasch und vergleichsweise unblutig über die Bühne ging. Kerenski hatte die Stadt inzwischen verlassen, ansonsten befand sich die gesamte Provisorische Regierung, die am 15. März gebildet worden war, nun in den Händen der Bolschewiki.

Auf dem zweiten Allrussischen Sowjetkongress, der am 7. November eröffnet wurde, waren die Bolschewiki sehr viel stärker vertreten als auf dem ersten Kongress fünf Monate zuvor. Sie hatten zwar keine Mehrheit, profitierten aber in erheblichem Maß von der Uneinigkeit ihrer Gegner. Die Delegierten vom linken Flügel der Sozialrevolutionäre kooperierten mit den Bolschewiki, während andererseits viele Menschewiki und die gemäßigten Sozialrevolutionäre den Kongress unter Protest verließen, als sie erfuhren, dass die Mitglieder der Provisorischen Regierung verhaftet worden waren. An deren Stelle trat der Rat der Volkskommissare, dessen Vorsitz Lenin übernahm. Die Leitung der einzelnen Ministerialverwaltungen übernahmen Kommissare anstelle der verhafteten Minister. Für auswärtige Angelegenheiten war Leo Trotzki zuständig, für Nationalitätenfragen Josef Stalin.

Kontrolliert werden sollte der Rat der Volkskommissare von dem Allrussischen Kongress der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte und von dessen zentralem Exekutivkomitee. Der Kongress verabschiedete am 8. November 1917 zwei vorbereitete Dekrete, die die beiden drängendsten Probleme betrafen. Im „Dekret über den Frieden“ schlug „die Arbeiter- und Bauernregierung, die durch die Revolution vom 6./7. November geschaffen wurde“, den Krieg führenden Staaten sofortige Friedensverhandlungen vor. Das „Dekret über Grund und Boden“ verfügte die entschädigungslose Enteignung der Gutsbesitzer. Es sollte kein Privateigentum an Grund und Boden mehr geben. Das gesamte Land sollte in Volkseigentum übergehen und denen zur Verfügung gestellt werden, die es bewirtschafteten.



1917, Petrograd (undatiert). Revolutionäre Soldaten posieren auf einem Lastwagen.

Der Kongress verlief nach einem erstaunlich präzisen Drehbuch und war nach zwei Tagen schon wieder zu Ende. Die Delegierten sangen gemeinsam „Die Internationale“ und fuhrten danach wieder nach Hause. Der Umsturz war „militärisch schon vollzogen, bevor er politisch überhaupt begonnen hatte“ (Manfred Hildermeier).

War die Februarrevolution eine wirkliche Revolution gewesen, ein Regimewechsel, der von den demonstrierenden Volksmassen erzwungen worden war, so war die Oktoberrevolution ein genau geplanter Militärputsch. Im Handstreich hatten die Bolschewiki die Macht übernommen, obwohl sie außerhalb von Petrograd und Moskau zu dieser Zeit noch nicht viel Rückhalt besaßen. Das zeigte sich schon am 25. November, als die noch von der Provisorischen Regierung angesetzte Wahl der Konstituante, der Verfassungsgebenden Versammlung, stattfand. Nur in den genannten beiden Städten erreichten die Bolschewiki die Mehrheit der Stimmen, während auf dem Land die Sozialrevolutionäre dominierten. Insgesamt entfielen auf die Bolschewiki 168 von 707 Mandaten. Daraufhin versuchten sie, die Konstituierung des neu gewählten Parlaments zu verschieben. Als das nicht länger möglich war, verabschiedete das Allrussische Zentrale Exekutivkomitee ein Dekret über die Auflösung der Konstituante, das klar machte, dass die Sowjets keine Macht neben sich dulden würden. Sie wollten keine Doppelherrschaft, der Parlamentarismus sollte abgeschafft, die Gewaltenteilung aufgehoben werden.

Die liberalen Parteien wurden sehr bald verboten, etwas später auch die mit den Bolschewiki konkurrierenden linken Gruppierungen. Demonstrationen zur Unterstützung der Konstituante wurden blutig unterdrückt. In dem am 10. Juli 1918 verabschiedeten Grundgesetz der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik war die „Diktatur des städtischen und ländlichen Proletariats und der ärmsten Bauernschaft in der Form der mächtigen gesamt-russischen Sowjetmacht zur völligen Niederhaltung der Bourgeoisie“ festgeschrieben. Bereits am 20. Dezember 1917 wurde die neue Geheimpolizei Tscheka gegründet, die rücksichtslos gegen politische Gegner der sowjetischen Regierung vorging. Der Beschluss über den Roten Terror vom 5. September 1918, der bewusst an die „Terreur“ der Französischen Revolution anknüpfte, schuf die Grundlage für die systematische Vernichtung der antibolschewistischen Opposition. Er brach mit der Tradition der Sozialistischen Internationale, die die Todesstrafe stets abgelehnt hatte. Bis zum Ende des Bürgerkriegs 1922 kamen hunderttausende Menschen ums Leben.



Plakat der Kommunistischen Partei Österreichs zur österreichischen Nationalratswahl am 17. Oktober 1920 (Entwurf: Oskar Glatzel, Wien). Es dokumentiert den damals noch bestehenden Anspruch der im März 1919 gegründeten Kommunistischen Internationale, die sozialistische Revolution weltweit zu verbreiten.

1917

8. März Beginn des Aufstands in Petrograd

12. März Die aufgelöste Duma tritt wieder zusammen und übernimmt die Regierungsgeschäfte.

13. März Konstituierende Sitzung des Petrograder Sowjets; Aufstand in Moskau

15. März Zar Nikolaus II. dankt ab.

15. März Fürst Georgi Jewgenjewitsch Lwow wird Ministerpräsident, Alexander Fjodorowitsch Kerenski Justizminister.

16. April Ankunft Wladimir Iljitsch Lenins in Petrograd

17. April Lenin spricht auf einer Konferenz bolschewistischer Delegierter des Petrograder Sowjets über die kommenden Aufgaben („Aprilthesen“).

7./12. Mai Erste gesamt-russische Konferenz der Bolschewiki seit der Revolution; Lenin hält das Hauptreferat zur politischen Lage, wird ins Präsidium gewählt und seine radikale Linie wird bestätigt.

16. Juni / 7. Juli Erster Allrussischer Kongress der Arbeiter- und Soldatenräte (Sowjets). Die Bolschewiki stellen nur einen kleinen Teil der Delegierten.

16./20. Juli Der „Juliaufstand“ scheitert, Lwow tritt zurück, Kerenski wird am 21. Juli neuer Ministerpräsident. Lenin versteckt sich im damals noch russischen Finnland und schreibt dort sein Buch „Staat und Revolution“.

8. Oktober Trotzki wird zum Vorsitzenden des Petrograder Sowjets gewählt.

20. Oktober Lenin kehrt nach Petrograd zurück.

23. Oktober Das Zentralkomitee der SDAPR [B] entscheidet sich für den von Lenin propagierten bewaffneten Aufstand.

7./8. November Zweiter Allrussischer Kongress der Arbeiter- und Soldatenräte (Sowjets). Die Bolschewiki stellen 300 von etwa 670 Delegierten.

Der bolschewistische Aufstand unter Leitung von Lenin und Trotzki ist erfolgreich, Lenin proklamiert die sozialistische Sowjetrepublik.

7./15. November Kämpfe in Moskau

25. November Bei der noch von der Regierung Kerenski angesetzten Wahl der allrussischen konstituierenden Versammlung (Konstituante) erhalten die Bolschewiki 168 von 707 Mandaten.

11. Dezember Verbot der liberalen Kadettenpartei

15. Dezember Deutsch-russischer Waffenstillstand

20. Dezember Gründung der Außerordentlichen Allrussischen Kommission zur Bekämpfung von Konterrevolution, Spekulation und Sabotage (Tscheka)

1918

18./19. Januar Konstituierende Sitzung der Verfassungsgebenden Versammlung, die von den Bolschewiki mit Waffengewalt aufgelöst wird. Darauf folgende Massenproteste werden niedergeschlagen.

3. März Friedensvertrag von Brest-Litowsk

11. März Moskau wird russische Hauptstadt.

6./8. März Auf dem siebten außerordentlichen Parteitag wird die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Russlands [Bolschewiki] in Kommunistische Partei Russlands [Bolschewiki] umbenannt.

10. Juli Grundgesetz der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik

16./17. Juli Nikolaus II. und seine Familie werden erschossen.

5. September Beschluss des Rates der Volkskommissare über den Roten Terror

Französische Revolution

Die Französische Revolution von 1789 war die erste Revolution in der europäischen Geschichte; mit ihren imponierenden Folgewirkungen ist sie „kaum mit einem anderen historischen Ereignis vergleichbar“ (Ernst Schulin). Die Amerikanische Revolution mit der Unabhängigkeitserklärung vom 4. Juli 1776 ging ihr zeitlich voraus. Diese beiden weltgeschichtlich bedeutsamen Ereignisse prägen unser Bild von der bürgerlichen Revolution bis heute. In unser historisches Gedächtnis hat sich vor allem die Französische Revolution eingeschrieben; sie gilt als zentraler Erinnerungsort für die Entwicklung der Demokratie. Der absolutistische Ständestaat, der durch seine starre Ständeordnung soziale Mobilität verhindert hatte, wurde mit ihr überwunden. Die Ideen von 1789 – Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit – beinhalten gleichzeitig Vorstellungen von der Volkssouveränität, der universalen Geltung der Menschenrechte und eines von den Grundwerten der Aufklärung getragenen liberalen Verfassungsstaates.

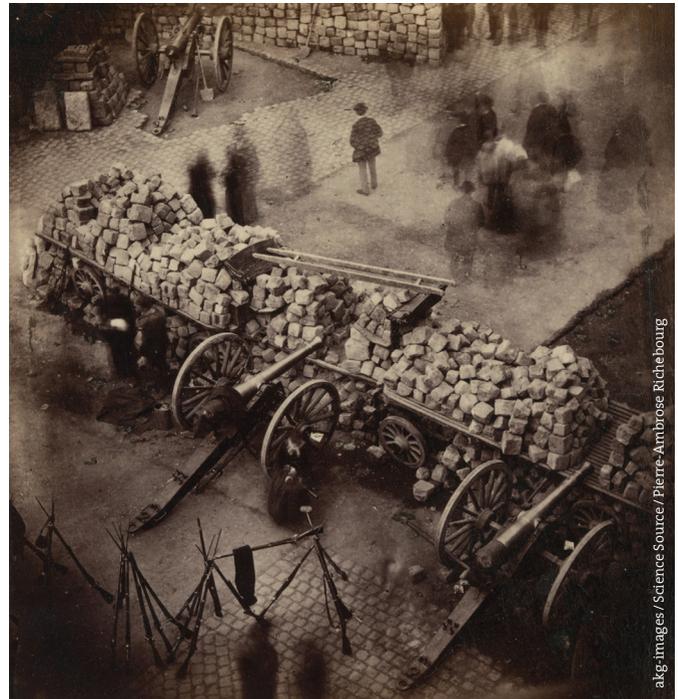
Waren in der Feudalgesellschaft der Klerus (erster Stand) und der Adel (zweiter Stand) privilegiert, so hatte die bürgerliche Revolution die Emanzipation des dritten Standes zum Ziel. Zum dritten Stand gehörten vor allem das städtische Bürgertum, aber auch die aus ihrer Abhängigkeit von den adeligen und geistlichen Grundherren befreiten Bauern. Frankreich musste seine neue Ordnung militärisch gegen die europäischen Nachbarstaaten verteidigen.

Unter der Führung Napoleon Bonapartes führte es erfolgreiche Angriffskriege, die 1806 das Ende des Heiligen Römischen Reiches deutscher Nation mit sich brachten, aber gleichzeitig auch die Ablösung der französischen Republik durch die Alleinherrschaft Napoleons. 1815, nach der endgültigen Niederlage Napoleons, wurde die Herrschaft der Bourbonen vom Wiener Kongress wiederhergestellt. Erst 1830 wurden sie durch die Julirevolution endgültig vertrieben und der „Bürgerkönig“ Louis-Philippe I. kam auf den Thron.

1848 war ein Jahr revolutionärer Umbrüche in vielen Ländern Europas. Nach der Februarrevolution in Paris musste Louis-Philippe I. abdanken, es folgten längere Auseinandersetzungen und 1852 ließ sich der zunehmend autoritär regierende Präsident Louis Napoléon Bonaparte als Napoleon III. zum Kaiser krönen. In Frankfurt am Main tagte 1848/49 in der Paulskirche eine Nationalversammlung, die einen geeinten deutschen Nationalstaat mit Freiheits- und Grundrechten schaffen wollte. Aber der preußische König lehnte die angebotene Kaiserkrone ab und im Zuge der Restauration wurde die traditionelle Ordnung wiederhergestellt.

Damit scheiterte die bürgerliche Revolution in Deutschland, stattdessen kam es zu einer „Reichseinigung von oben“. Nach mehreren, maßgeblich vom preußischen Kanzler Otto von Bismarck betriebenen Kriegen, den sogenannten Einigungskriegen, wurde das Deutsche Reich am 18. Januar 1871 im Spiegelsaal von Versailles proklamiert. Unmittelbar vorausgegangen war der Deutsch-Französische Krieg, der mit der Niederlage Frankreichs und der Gefangennahme von Napoleon III. endete.

Vom 18. März bis zum 28. Mai 1871 bestand die Pariser Kommune. Ein revolutionärer Stadtrat, dem Mitglieder der Nationalgarde, aber auch Anhänger der sozialistischen Internationalen Arbeiterassoziation angehörten, beherrschte Paris. Die stärkste Fraktion stellten die Parteigänger des Revolutionärs Louis-Auguste Blanqui, der schon als junger Mann an der Julirevolution von 1830 teilgenommen hatte. Sie alle einte das



April 1871. Eine Barrikade der Pariser Kommune an der Place Hotel de Ville / Ecke Rue de Rivoli

Ziel, die errungene revolutionäre Autonomie notfalls auch mit Waffengewalt gegen die französische Regierung zu verteidigen, sie mussten sich aber nach knapp zweieinhalb Monaten geschlagen geben.

In der kurzen Zeit ihrer Existenz versuchte die Kommune, mithilfe zahlreicher Maßnahmen ein demokratisches und sozial gerechtes Gemeinwesen zu schaffen. Für Friedrich Engels und Karl Marx, die führenden Theoretiker der Internationalen Arbeiterassoziation, war die Pariser Kommune die Geburtsstunde der von ihnen propagierten Diktatur des Proletariats. Das schloss auch die Aufhebung der Gewaltenteilung ein. Die Trennung von gesetzgebender und vollziehender Gewalt sollte zugunsten einer einzigen „arbeitenden Körperschaft“ aufgegeben werden. Und August Bebel erklärte am 25. Mai 1871 im Deutschen Reichstag, dass „der Schlachtenruf des Pariser Proletariats ‚Krieg den Palästen, Friede den Hütten, Tod der Not und dem Müßiggangel!‘ der Schlachtruf des gesamten europäischen Proletariats“ sein werde.

Bis 1917 war die Pariser Kommune der zentrale Erinnerungsort für die europäische Arbeiterbewegung, die für eine sozialistische Revolution kämpfte. Hier wurde schon deutlich, dass zwischen einer bürgerlichen und einer sozialistischen Revolution grundlegende Unterschiede bestehen (siehe Tabelle S. 6).

Karl Marx und Friedrich Engels, die maßgeblichen Theoretiker des Marxismus, schrieben 1848 im „Kommunistischen Manifest“: „Auf Deutschland richten die Kommunisten ihr Hauptaugenmerk, weil Deutschland am Vorabend einer bürgerlichen Revolution steht und weil es diese Umwälzung unter fortgeschrittenen Bedingungen der europäischen Zivilisation überhaupt und mit einem viel weiter entwickelten Proletariat vollbringt als England im 17. und Frankreich im 18. Jahrhundert, die deutsche bürgerliche Revolution also nur das unmittelbare Vorspiel einer proletarischen Revolution sein kann.“ Damals wussten sie noch nicht, dass die deutsche Revolution 1848 scheitern und dass sie kein Vorspiel für Kommendes sein würde.

Idealtypischer Vergleich der bürgerlichen und der sozialistischen Revolution

	bürgerliche Revolution	sozialistische Revolution
Träger der Revolution	Bürgertum	Arbeiterklasse
Modernisierung	liberales Modell	autoritäres Modell
Ziele	universale Menschenrechte, gesellschaftliche Teilhabe	Diktatur des Proletariats
Staatlichkeit	Nationalstaat	proletarischer Internationalismus, Verschwinden des Staates
globale Perspektive	Welthandel, Imperialismus	Antiimperialismus, Weltrevolution
Staatsverfassung	parlamentarische Demokratie, Gewaltenteilung	Räteherrschaft, Legislative und Judikative der Exekutive unterworfen

Die rote Fahne

[...] [D]ie Ereignisse überstürzen sich, alle Ereignisse scheinen in Feuerbrillanten gefasst, die Straße ist die Atmosphäre des Tages, so spricht Marx. Aber er spricht auch von dem Katzenjammer, der den bürgerlichen Revolutionen folgt. Hüten wir uns vor einem Katzenjammer.

Diese Revolution muss nicht nur hinwegschwemmen alle Reste und Ruinen des Feudalismus, sie muss nicht nur brechen alle Zwingburgen des Junkertums [...], ihre Losung heißt nicht nur Republik, sondern sozialistische Republik! Ihr Banner ist nicht die schwarzrotgoldene Fahne der bürgerlichen Republik von 1848, sondern die rote Fahne des internationalen sozialistischen Proletariats, die rote Fahne der Kommune von 1871 und der russischen Revolution von 1905 und 1917. Die Umwälzung im Deutschen Reiche muss unter diesem Zeichen die Bahn frei machen für den Sozialismus. Aus dem Schutt und den Trümmern des Weltkrieges muss das revolutionäre, siegreiche Proletariat die neue Wirtschaft errichten. Dazu bedarf es der politischen Macht und der wirtschaftlichen Kräfte. [...]

Die Rote Fahne, Zentralorgan des Spartakusbundes, vom 10. November 1918

Erst 70 Jahre später kam es in Deutschland zu einer erfolgreichen Revolution; was ihr Ziel sein sollte, war allerdings unter den politischen Kräften, die sie trugen, von Anfang an umstritten. Während viele Sozialdemokraten auf die unvollendete Revolution von 1848 rekurrierten, sahen die Kommunisten in der bolschewistischen Revolution von 1917 ihr Vorbild.

Deutsche Revolution

Januarstreik 1918

Im Rahmen der Burgfriedenspolitik hatte die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands sich am 2. August 1914 bereit erklärt, solange der Krieg andauerte, auf Lohnkämpfe und Streiks zu verzichten. Waren 1913 im Deutschen Reich noch über vier Millionen Arbeitstage durch Streiks verloren gegangen, betrug die Zahl 1915 weniger als 5000. Doch je mehr der

Krieg sich in die Länge zog, desto brüchiger wurde der Burgfrieden. Nach dem „Steckrübenwinter“ 1916/17 hatte es im Frühjahr 1917 in verschiedenen Orten Streiks und Demonstrationen wegen der schlechten Lebensmittelversorgung gegeben. Im Januar 1918 erreichten die Streiks eine neue Qualität. Nach der Oktoberrevolution und dem deutsch-russischen Waffenstillstand war das Ausscheiden Russlands aus dem Krieg absehbar und das beflügelte die Hoffnung, dass es endlich Frieden geben würde. Die Kriegsmüdigkeit bei der durch Hungersnöte geschwächten Bevölkerung war außerordentlich groß.

Am Montag, den 28. Januar 1918, traten in Berlin rund 400 000 Arbeiter und Arbeiterinnen in der Metall verarbeitenden Industrie in den Streik. Am Nachmittag trafen sich die 414 Delegierten der Streikenden im großen Saal des Berliner Gewerkschaftshauses. Sie wählten, in Anlehnung an das russische Beispiel, einen elfköpfigen „Arbeiterrat“, der als Streikleitung fungierte. Den Vorsitz übernahm Richard Müller, der innerhalb des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes (DMV) Branchenleiter der Dreher war.

Müller spielte eine führende Rolle bei den Revolutionären Obleuten, die innerhalb der Gewerkschaftsstrukturen in verschiedenen Industriebetrieben ein unabhängiges Netzwerk frei gewählter Vertrauensleute gebildet hatten. Sie lehnten die Burgfriedenspolitik ab, bildeten eine betrieblich organisierte Arbeiteropposition und waren mit der aus der SPD hervorgegangenen USPD verbunden. Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD) hatte sich im April 1917 von der SPD abgespalten, die damals häufig als Mehrheitssozialdemokratische Partei Deutschlands (MSPD) bezeichnet wurde, offiziell aber immer den Namen SPD beibehielt. Besonders stark waren die Revolutionären Obleute in den Berliner Rüstungsbetrieben vertreten, weswegen das falsche Gerücht aufkam, der Januarstreik sei ausschließlich ein Streik der Rüstungsarbeiter gewesen.

Gestreikt wurde Ende Januar 1918 nicht nur in Berlin, sondern auch in Hamburg, Kiel, Nürnberg, Leipzig, Braunschweig, Köln, Breslau, München, Magdeburg, Halle, Bochum, Dortmund und anderen Städten. Insgesamt waren mehr als eine Million Menschen im Ausstand. Diese reichsweiten Januar-

Am Montag, den 28. Januar, beginnt der Massenstreik!

Arbeiterinnen und Arbeiter auf zum Massenstreik! Auf zum Kampf! [...] Unser Massenstreik soll kein kraftloser „Protest“ und kein von vornherein auf eine bestimmte Frist beschränkter hohler Demonstrationstreik, sondern ein Machtkampf sein. Wir kämpfen so lange, bis unsere Mindestforderungen unverkürzt verwirklicht worden sind: Aufhebung des Belagerungszustandes, der Zensur, aller Beschränkungen der Koalitions-, Streik-, Vereins- und Versammlungsfreiheit, Freilassung aller politisch Inhaftierten – dies sind die Bedingungen, die uns notwendig sind, um unseren Kampf um die Macht, um die Volksrepublik in Deutschland und einen sofortigen allgemeinen Frieden frei zu entfalten.

Jeder Separatfriede führt nur zur Verlängerung und Verschärfung des Völkermordens. Es gilt um jeden Preis, den Separatfrieden in einen allgemeinen Frieden zu verwandeln. Dies ist unser Ziel. [...] Nieder mit dem Krieg! Nieder mit der Regierung! Hoch der Massenstreik!

Streikaufruf des Spartakusbundes, in: Günter Hillmann (Hg.), Die Rätebewegung, Bd. 1, Rowohlt Verlag, Reinbek 1971, S. 14 f.

Forderungen der Revolutionären Obleute, Berlin, 28. Januar 1918

1. Schleunige Herbeiführung des Friedens ohne Annexion, ohne Kriegsschädigung, auf Grund des Selbstbestimmungsrechts der Völker entsprechend den Ausführungsbestimmungen, die dafür von den russischen Volksbeauftragten in Brest-Litowsk formuliert wurden.
2. Zuziehung von Arbeitervertretern aller Länder zu den Friedensverhandlungen.
3. Ausgiebigere Nahrungsversorgung durch Erfassung der Lebensmittelbestände in den Produktionsbetrieben wie in den Handelslagern zwecks gleichmäßiger Zuführung an alle Bevölkerungskreise.
4. Der Belagerungszustand ist aufzuheben. Das Vereinsrecht tritt vollständig wieder in Kraft, ebenso das Recht der freien Meinungsäußerung in der Presse und in Versammlungen. [...]
5. Die Militarisierung der Betriebe ist gleichfalls aufzuheben.
6. Alle wegen politischer Handlungen Verurteilte und Verhaftete sind sofort freizulassen.
7. Durchgreifende Demokratisierung der gesamten Staatseinrichtungen in Deutschland, und zwar zunächst die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für alle Männer und Frauen im Alter von mehr als 20 Jahren für den preußischen Landtag.

Wilhelm Dittmann, *Erinnerungen*, Bd. 2, Campus Verlag, Frankfurt / M. 1995, S. 526 f.

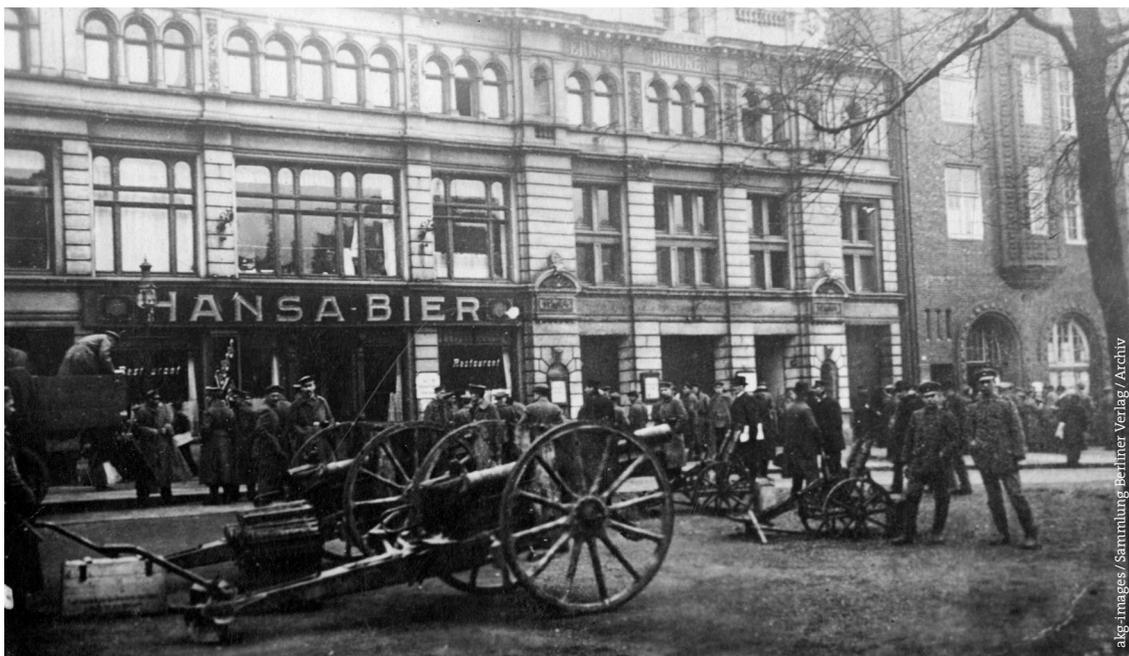
streiks wurden wesentlich von den Revolutionären Obleuten organisiert. Inspiriert waren sie nicht zuletzt durch den Erfolg der russischen Oktoberrevolution, vor allem aber durch den auf Initiative der Bolschewiki zustande gekommenen deutsch-russischen Waffenstillstand und die damit verbundenen Hoffnungen auf Friedensverhandlungen. Das galt auch für den „Jännerstreik“. Er fand vom 3. bis 25. Januar im Habsburger Reich statt, über 700 000 Arbeiter nahmen daran teil. Die Streiks richteten sich vor allem gegen die territorialen Forderungen, die die Mittelmächte Deutschland und Öster-

reich-Ungarn in den Friedensverhandlungen mit Sowjetrußland in Brest-Litowsk erhoben.

Der Januarstreik war eine erste Machtprobe, aber nach einer Woche musste er abgebrochen werden. Die Militärbehörde verhängte den verschärften Belagerungszustand, verbot Streikversammlungen und Sitzungen des Arbeiterrates, verhaftete streikende Arbeiter und zog andere zum Militärdienst ein. Außerdem wurden die kriegswichtigen Rüstungsbetriebe militärischer Leitung unterstellt. Der Streik war aber nicht nur für das wilhelminische Kaiserreich eine Herausforderung, sondern auch für die oppositionelle SPD. Für sie war es sehr gefährlich, wenn der Eindruck entstand, dass die große Mehrheit der traditionell sozialdemokratischen Arbeiterschaft gar nicht mehr hinter ihr stand. Der SPD-Vorsitzende Friedrich Ebert trat deshalb in die Streikleitung ein, obwohl er den Streik ablehnte. Er wollte daran mitwirken, dass er sich nicht ausweitete und zu einem baldigen Ende kam. Auf der einen Seite lehnte die Streikleitung die von der SPD vorgeschlagene Vermittlung der Generalkommission der Gewerkschaften bei der Regierung ab. Auf der anderen Seite wäre eine Weiterführung des Streiks auf einen offenen Kampf gegen das Militär hinausgelaufen. Deshalb musste er abgebrochen werden. Trotz dieses Scheiterns trugen die Erfahrungen des Januarstreiks dazu bei, dass der DMV sich 1919 als einzige deutsche Gewerkschaft zu den Ideen der Räterepublik bekannte.

Oktoberreformen

Die revolutionären Ereignisse in Russland beeinflussten auch die innenpolitische Debatte in Deutschland. Die Arbeiterschaft, die das Gros der Soldaten in den Schützengräben an der Westfront stellte, sah mit wachsender Ungeduld, dass es keine Fortschritte bei der Demokratisierung des deutschen Kaiserreiches gab, für das sie Krieg führen mussten. Kaiser Wilhelm II. stellte auf Drängen von Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg in seiner Osterbotschaft vom 7. April 1917 immerhin eine Reform des preußischen Dreiklassenwahlrechts in Aussicht, das die Arbeiterschaft bisher extrem benachteiligt hatte. Das war wenig aus der Sicht der kriegsmüden Bevölkerung, aber den preußischen Konservativen



Januar 1918, Hamburg. Truppen und Geschütze auf den Straßen von St. Pauli

schon zu viel. Das linksliberale Bürgertum, das die tragende Kraft der Revolution von 1848 gewesen war, spielte nach der „Reichsgründung von oben“ als politischer Machtfaktor kaum noch eine Rolle.

Seit den Reichstagswahlen von 1912 war die SPD die mit Abstand stärkste Fraktion im Deutschen Reichstag. Zusammen mit dem katholischen Zentrum und der Fortschrittlichen Volkspartei stellte sie eine klare Mehrheit der Abgeordneten. Aber politisch wirksam wurde diese Mehrheit nicht, da die SPD jede Zusammenarbeit mit bürgerlichen Parteien ablehnte. Erst im Lauf des Krieges wuchs die Bereitschaft zur Zusammenarbeit zwischen dem sozialdemokratischen Mehrheitsflügel und den gemäßigten bürgerlichen Parteien. Manifest wurde dies am 6. Juli 1917, als die drei Parteien den sogenannten Interfraktionellen Ausschuss bildeten. Anlass dazu war die Friedensresolution, die der Zentrumsabgeordnete Matthias Erzberger im Reichstag eingebracht hatte und die auf eine Beendigung des Krieges durch einen Verständigungsfrieden abzielte. Es waren dies dieselben politischen Kräfte, die nach der Wahl zur Nationalversammlung dann die sogenannte Weimarer Koalition bildeten.

Am 29. September 1918 erklärte die Oberste Heeresleitung (OHL) den Krieg an der Westfront für verloren und forderte die Regierung auf, Waffenstillstandsverhandlungen aufzunehmen. Erich Ludendorff plädierte dafür, sofort mit US-Präsident Woodrow Wilson Kontakt aufzunehmen, von dem man sich die mildesten Waffenstillstandsbedingungen erhoffte. Zugleich schlug er eine Parlamentarisierung des Deutschen Reiches vor, das bedeutete eine Einbeziehung der im Interfraktionellen Ausschuss verbundenen Parteien in die Regierungsarbeit. Das war sicher ein taktischer Vorschlag, denn Ludendorff war nicht bereit, selbst an den anstehenden Kapitulationsverhandlungen mitzuwirken.

Am 3. Oktober 1918 wurde Prinz Max von Baden neuer Regierungschef. Er war ein Vertreter der alten gesellschaftlichen Elite, kein Demokrat, aber vom süddeutschen Liberalismus geprägt. Prinz Max ernannte die Sozialdemokraten Philipp Scheidemann und Gustav Bauer zu Staatssekretären, sodass nun erstmals auch die SPD in der Regierung vertreten war. Er tat dies, weil er es für unvermeidlich hielt, die Sozialdemokratie einzubinden, und außerdem Erzberger als den gefährlicheren

Gegner ansah. Nach seiner Überzeugung war Erzberger die treibende Kraft hinter dem Bemühen, der Regierung „Majoritätsfesseln“ anzulegen. Prinz Max wollte die Reichstagsmehrheit „wieder in ihre wohlverdiente Ohnmacht zurücktreiben“ und das Deutsche Reich vor einem „Erzberger-Scheidemann-Frieden“, das heißt einem Verständigungsfrieden, retten. Er war davon überzeugt, dass er dazu eher in der Lage war als sein Vorgänger Georg Graf von Hertling.

Ob gewollt oder nicht, die Zugeständnisse in Richtung einer Parlamentarisierung entfalteten ihre eigene Dynamik. Als der soeben gekürte Reichskanzler am 5. Oktober seine erste Rede im Reichstag hielt, bekannte er sich zur parlamentarischen Demokratie, zur Friedensresolution von 1917 und begrüßte Wilsons 14-Punkte-Programm. Das alles tat er gegen seine innere Überzeugung. In der Rede, die er eigentlich halten wollte, hatte etwas ganz anderes gestanden, aber Vizekanzler Friedrich von Payer und der Staatssekretär des Auswärtigen, Wilhelm Solf, hatten ihn genötigt, eine Rede zu halten, die den Eindruck hinterließ, die neue Regierung habe die Zeichen der Zeit verstanden.

Prinz Max war auch nicht in Uniform vor den Reichstag getreten, was ebenfalls ein Zugeständnis an die Zeitstimmung war. Dabei hatte er die Hoffnung, der Krieg könne womöglich doch noch so lange fortgesetzt werden, bis man den Alliierten erträgliche Friedensbedingungen abringen könne, und als seine vornehmste Aufgabe sah er es an, die Kaiserkrone zu retten. Aber in der Öffentlichkeit wurde er als ein Mann wahrgenommen, der bereit war, die erforderlichen Schritte einzuleiten, um das Land aus der schweren Krise, in die es geraten war, herauszuführen und der auch vor Reformen nicht zurückscheute. Diese Schritte waren indes zu zögerlich und sie kamen zu spät, um noch viel zu bewirken.

Das „Gesetz zur Änderung der Reichsverfassung“ war der Versuch, die Reichstagsmehrheit politisch einzubinden und das vorkapitalistische System des semikonstitutionellen deutschen Kaiserreiches zu überwinden. Aber diese Parlamentarisierung kam zu spät, sie war de facto die unmittelbare Vorstufe zum Ende der Monarchie. Das politische System des Kaiserreiches war bei allen Modernisierungsdefiziten den Herausforderungen des Krieges gewachsen gewesen, solange die große Mehrheit der Bevölkerung an einen deutschen Sieg glauben konnte. Aber im Herbst 1918 gab es für diesen Glauben keine Basis mehr.



August 1918, während der zweiten Somme-Schlacht nahe Amiens: deutsche Soldaten in britischer Kriegsgefangenschaft

Aufzeichnung des Reichskanzlers Prinz Max von Baden, 16. Oktober 1918

Die militärische Lage hat uns auf Verlangen der Obersten Heeresleitung unerwartet genötigt, am 5. Oktober ein hastiges Ersuchen um Waffenstillstand an den Präsidenten der Vereinigten Staaten zu richten. Dieser Schritt kam einer Kapitulation gleich und ist von unseren Feinden wie auch im neutralen Ausland nicht anders als militärische Bankrott-erklärung aufgefasst worden. [...]

Angesichts der Lage sind für heute nur zwei Entscheidungen möglich, entweder der Kampf bis zur Vernichtung oder der Versuch, nach dem militärischen Zusammenbruch wirtschaftlich und politisch zu retten, was noch zu retten ist.

Der Wunsch, in Ehren unterzugehen, liegt sicher für den Einzelnen nahe. Der verantwortliche Staatsmann muss aber damit rechnen, dass das Volk in seinen breiten Massen ein Recht hat, nüchtern zu verlangen, zu leben, statt in Schönheit zu sterben.

Die Erste Republik, Piper Verlag, München 1992, S. 39

1918

8. August Eine britisch-französische Offensive fügt den Deutschen schwere Verluste zu, „schwarzer Tag des deutschen Heeres“ (Ludendorff).

14. September Kaiser Karl I. von Österreich sendet eine Friedensnote an alle alliierten und neutralen Staaten.

29. September Die OHL erklärt den Krieg an der Westfront für verloren, Erich Ludendorff plädiert für Waffenstillstandsverhandlungen.

30. September Kapitulation Bulgariens

Wilhelm II. kündigt an, das parlamentarische System in Deutschland einzuführen, Reichskanzler Georg Graf von Hertling tritt zurück.

3. Oktober Prinz Max von Baden wird zum Reichskanzler ernannt, Philipp Scheidemann wird Staatssekretär ohne Portefeuille, Gustav Bauer wird am Tag darauf Staatssekretär des neu errichteten Reichsarbeitsamtes. Beide gehören der SPD an.

4. Oktober Prinz Max von Baden ersucht Woodrow Wilson in einer öffentlichen, von der OHL vorbereiteten Note um Friedensverhandlungen auf der Basis der 14 Punkte vom 8. Januar 1918.

25. Oktober Das „Gesetz zur Abänderung der Reichsverfassung“ wird verabschiedet und tritt am 28. Oktober in Kraft.

26. Oktober Die österreichische Regierung beschließt, unabhängig vom Deutschen Reich mit Wilson über einen Waffenstillstand zu verhandeln.

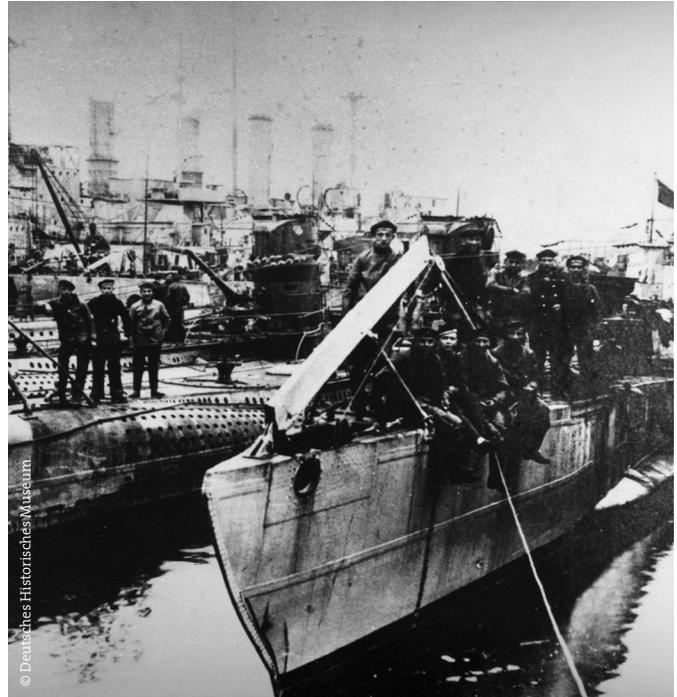
28. Oktober Ausrufung der Tschechoslowakischen Republik

Kieler Matrosenaufstand

Es gehörte zu den ersten Amtshandlungen des neuen Reichskanzlers Prinz Max von Baden, mit Woodrow Wilson, dem Präsidenten der USA, Kontakt aufzunehmen. Von allen Kriegsgegnern war er derjenige, von dem am ehesten moderate Friedensbedingungen zu erhoffen waren. Konkreter Bezugspunkt war sein 14-Punkte-Programm vom 8. Januar 1918, in dem er Grundzüge einer Friedensordnung für ein Nachkriegseuropa entwickelt hatte. Unglücklicherweise versenkte sechs Tage später, am 10. Oktober, ein deutsches U-Boot das britische Passagierschiff RMS *Leinster*. Das führte zu einer abrupten Verhärtung auf amerikanischer Seite, schließlich war die Wiederaufnahme des deutschen U-Boot-Krieges, der sich ausdrücklich auch gegen zivile Schiffe richtete, der Anlass für den Kriegseintritt der USA gewesen.

Wilson präsentierte verschärfte Friedensbedingungen und forderte eine Garantie der fortwährenden militärischen Überlegenheit der Alliierten, was dazu führte, dass die Führung der OHL, Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg und sein Stabschef Erich Ludendorff, von ihrer Befürwortung von Friedensverhandlungen wieder abrückten. Sie fuhren ohne kaiserliche Erlaubnis nach Berlin und erklärten am 24. Oktober in einem von Ludendorff verfassten und von Hindenburg unterzeichneten Armeebefehl: „Die Antwort Wilsons fordert die militärische Kapitulation. Sie ist deshalb für uns Soldaten unannehmbar. Sie ist der Beweis, dass der Vernichtungswille unserer Feinde, der 1914 den Krieg entfesselte, unvermindert fortbesteht.“ Das war ein klarer Fall von Insubordination, von Gehorsamsverweigerung. Reichskanzler Prinz Max von Baden zwang die beiden Generäle, Wilhelm II. um ihre Entlassung zu bitten. Der Kaiser nahm das Entlassungsgesuch von Ludendorff an, nicht aber das von Hindenburg.

Ludendorff wollte das deutsche Volk zu einer letzten großen Anstrengung aufrufen, um das Blatt doch noch zu wenden. Eine solche *levée en masse* (Massenaushebung) hatte das revo-



4. November 1918. Im U-Boot-Hafen in Kiel wird auf einem Boot die rote Fahne gehisst.

lutionäre Frankreich 1793 im Ersten Koalitionskrieg in schwieriger Lage zum Sieg geführt. Aber in Deutschland war daran nicht zu denken. Prinz Max von Baden schrieb rückblickend über das Ende des Ersten Weltkrieges: „Wohl würden die Massen aufstehen, aber nicht gegen den Feind, sondern gegen den Krieg und die ‚militärischen Beherrscher‘ und ‚monarchischen Aristokraten‘, zu deren Schutz er ihrer Meinung nach geführt würde.“ Das war zutreffend beobachtet. Die Menschen wollten sich nicht in einem Krieg opfern, von dem sie den Eindruck haben mussten, dass es nicht um ihre Sache ging. Es rächte sich, dass ein erstarrtes Regime es versäumt hatte, durch ein Reformprogramm, das den Namen verdiente, dem Millionenheer der Arbeiter deutlich zu machen, dass der Staat, für den sie ins Feld zogen, auch ihr Staat war.

Die Initialzündung für die Revolution ging weder von der Obersten Heeresleitung noch von der Regierung, sondern von der Seekriegsleitung aus. Konteradmiral Adolf von Trotha, der Chef des Personalamts im Reichsmarineamt, gab am 24. Oktober den Befehl zum Auslaufen der in dem Reichskriegshafen Wilhelmshaven liegenden Hochseeflotte, der drei Tage später von Admiral Reinhard Scheer genehmigt wurde. Das sprach sich bald herum und sorgte für erhebliche Unruhe. Die Kriegsmüdigkeit war auch bei den Schiffsbesatzungen groß und sie wollten nichts tun, was die Aussicht auf baldigen Frieden gefährden konnte.

Als sich die Anzeichen verdichteten, dass die Hochseeflotte zu einer letzten Feindfahrt auslaufen sollte, um die Ehre der deutschen Marine zu retten, kam es auf den Schiffen zu einer offenen Rebellion, die auch durch zahlreiche Verhaftungen nicht mehr zu stoppen war. Die Matrosen hatten keine Lust, sich am Ende des offensichtlich verlorenen Krieges noch verheizen zu lassen und meuterten. Die entscheidenden Ereignisse, die zur Revolution führten, spielten sich in Kiel ab, das wie Wilhelmshaven Reichskriegshafen war. Von den Nordseehäfen breitete sich die Revolution dann innerhalb weniger Tage über ganz Deutschland aus.

Überlegungen in ernster Stunde

1. Auch jetzt muss allen anderen Überlegungen vorangehen: „Wie kann der Ubootskrieg in stärkster Wirkung erhalten werden.“ [...]
3. So ist die Flotte durch den Ubootskrieg gebunden; ein Vorstoß der gesamten Hochseestreitkräfte, um einen Erfolg auf dem Wasser zu suchen, [...] würde das Aufgeben der Grundlage für den U-Krieg bedeuten.
4. Ein solcher Einsatz kommt daher nur in Frage:
 - a. wenn der Gegner in die Deutsche Bucht oder in die Belte einbricht.
 - b. wenn der Ubootskrieg völlig aufgegeben wird.
 - c. wenn eine schwere Schädigung der englischen Seemacht mehr Vorteil für uns verspricht als die Weiterführung des U-Krieges oder
 - d. unsere Flotte sonst einem schmachvollen Ende entgegengeht.
5. Der Flotte steht ein solcher Schlusskampf als höchstes Ziel vor Augen, um nicht diesen Krieg beschließen zu müssen, ohne dass die in ihr steckende nationale Kraft voll zur schlagenden Wirkung gekommen ist.
6. Aus einem ehrenvollen Kampf der Flotte, auch wenn er ein Todeskampf wird in diesem Kriege, wird – wenn unser Volk nicht überhaupt national versagt – eine neue deutsche Zukunfts-Flotte hervorzunehmen; einer durch schmachvollen Frieden gefesselten Flotte ist die Zukunft gebrochen. [...]

Konteradmiral Adolf von Trotha, Aufzeichnung vom 6. Oktober 1918, in: Wilhelm Deist, 1966, S. 352f.

14-Punkte-Programm des Kieler Soldatenrates, 4. November 1918

1. Freilassung sämtlicher Inhaftierten und politischen Gefangenen.
2. Vollständige Rede- und Pressefreiheit.
3. Aufhebung der Briefzensur.
4. Sachgemäße Behandlung der Mannschaften durch Vorgesetzte.
5. Straffreie Rückkehr sämtlicher Kameraden an Bord und in die Kasernen.
7. Die Ausfahrt der Flotte hat unter allen Umständen zu unterbleiben.
8. Jegliche Schutzmaßnahmen mit Blutvergießen haben zu unterbleiben.
9. Zurückziehung sämtlicher nicht zur Garnison gehöriger Truppen.
10. Alle Maßnahmen zum Schutze des Privateigentums werden sofort vom Soldatenrat festgesetzt.
11. Es gibt außer Dienst keine Vorgesetzten mehr.
12. Unbeschränkte persönliche Freiheit jedes Mannes von Beendigung des Dienstes bis zum Beginn des nächsten Dienstes.
13. Offiziere, die sich mit den Maßnahmen des jetzt bestehenden Soldatenrates einverstanden erklären, begrüßen wir in unserer Mitte. Alles Übrige hat ohne Anspruch auf Versorgung den Dienst zu quittieren.
14. Jeder Angehörige des Soldatenrates ist von jeglichen Diensten zu befreien.
15. Sämtliche in Zukunft zu treffenden Maßnahmen sind nur mit Zustimmung des Soldatenrates zu treffen.

Die Erste Republik, Piper Verlag, München 1992, S. 39 f.

Zur geschichtlichen Betrachtung der November-Ereignisse von 1918

Am Beginn der Ereignisse steht nicht die militärische Rebellion der Marinemannschaften, sondern die militärische Rebellion der Admiräle! Der Flottenvorstoß war der Dolchstoß der Seekriegsleitung in den Rücken der parlamentarischen Regierung des Prinzen Max von Baden, die auf dem Boden der Bismarck'schen Reichsverfassung völlig legal gebildet worden war. Den Hoch- und Landesverrat der Admiräle durchkreuzte die Gegenaktion der Matrosen und Heizer für die verfassungsmäßige Regierung. Die Racheaktion der Admiräle, die nunmehr einsetzte, löste erst die revolutionäre Erhebung der Heizer und Matrosen aus, die zum Beginn der Revolution im Reiche wurde.

Wilhelm Dittmann, Die Marine-Justiz-Morde von 1917 und die Admirals-Rebellion von 1918, Verlag J. H. W. Dietz Bonn 1926, S. 104



5. November 1918, Kiel. Gustav Noske spricht als Beauftragter der Regierung zu den Marinesoldaten.



alg-images

10. November 1918, Wilhelmshaven. Am „Freiheits-Sonntag“, nach der Proklamation der „Sozialistischen Republik Oldenburg/Ostfriesland“, veranstalteten Matrosen der Hochseeflotte ein Feuerwerk. Erstveröffentlichung: Berliner Illustrierte Zeitung vom 24. November 1918

1918

8. August Errichtung der Seekriegsleitung unter Admiral Reinhard Scheer

30. September Admiral Scheer zieht die Hochseeflotte in Wilhelmshaven zusammen.

20. Oktober Reichskanzler Prinz Max von Baden und das Kriegskabinet lehnen eine Fortsetzung des U-Boot-Krieges ab.

23. Oktober US-Präsident Woodrow Wilson fordert in seiner dritten Note die Entmachtung des Kaisers, die Entwaffnung des Deutschen Reiches, die Rückgabe von Elsass-Lothringen und die Aufhebung des Friedens von Brest-Litowsk.

24. Oktober Befehl der Seekriegsleitung zum Auslaufen der Hochseeflotte

26. Oktober General Erich Ludendorff wird entlassen.

27. Oktober Admiral Scheer genehmigt den Befehl zum Auslaufen der Flotte am 30. Oktober. Auf mehreren Schiffen kommt es zu ersten Befehlsverweigerungen.

29. Oktober Der Admiral und Chef der Hochseeflotte Franz von Hipper suspendiert den Befehl, nachdem die Matrosen des 1. und 3. Geschwaders die Kesselfeuer stillgelegt hatten.

2. November Vizeadmiral Ernst Ritter von Mann wählt kaisertreue U-Boot-Kommandanten aus, um die in Kiel ankernden Schlachtschiffe von See anzugreifen.

3. November Bei einer Demonstration in Kiel werden sieben Matrosen erschossen.

3./4. November Demonstrationen mit dem Ziel, die etwa 1000 in Wilhelmshaven verhafteten Matrosen zu befreien

4. November Bildung eines Soldatenrates, Verabschiedung eines 14-Punkte-Programms, die Aufständischen haben Kiel unter Kontrolle.

Die Beauftragten der Regierung Conrad Haußmann (Fortschrittliche Volkspartei) und Gustav Noske (SPD) treffen in Kiel ein.

5. November Alle Kriegsschiffe hissen die rote Fahne. Bildung von Arbeiter- und Soldatenräten in Brunsbüttelkoog und Lübeck

Die Regierung in Berlin verweigert Vizeadmiral Mann die Erlaubnis zum Angriff.

6. November Arbeiter- und Soldatenräte übernehmen die politische Gewalt in Wilhelmshaven, Cuxhaven, Bremen, Hamburg, Rendsburg und Flensburg. In den folgenden Tagen folgen zahlreiche weitere Städte in ganz Deutschland.

7. November Gustav Noske wird zum Vorsitzenden des örtlichen Arbeiter- und Soldatenrates sowie als Nachfolger von Admiral Wilhelm Souchon zum Gouverneur von Kiel gewählt.

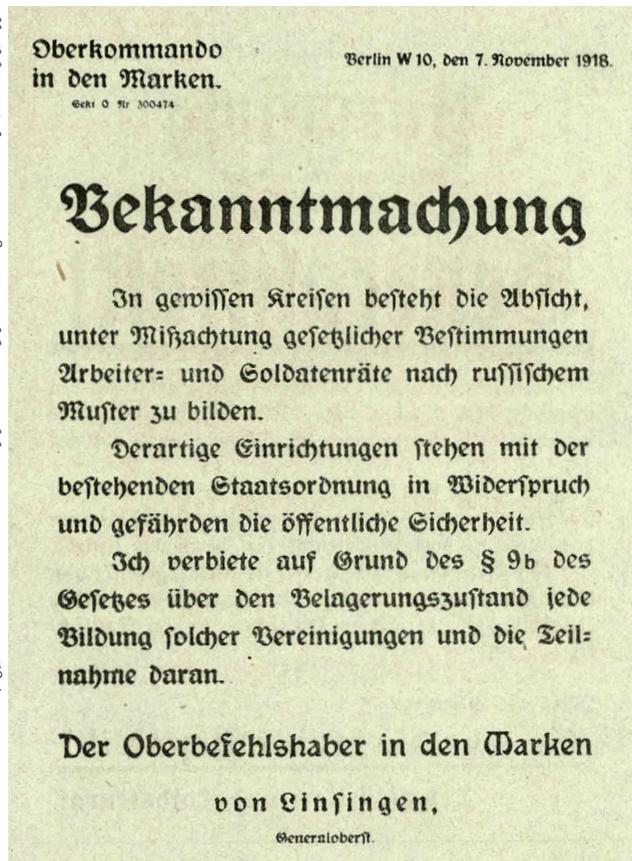
Das Ende des deutschen Kaiserreiches

Am Ende ging alles sehr schnell. Am 7. November 1918 erklärte Kurt Eisner den bayerischen König Ludwig III. für abgesetzt und ließ sich tags darauf vom Münchner Arbeiter- und Soldatenrat zum ersten Ministerpräsidenten des neuen Freistaates wählen. Innerhalb von wenigen Tagen wurden alle 22 gekrönten Häupter, die in Deutschland bis dahin regiert hatten, abgesetzt oder traten zurück.

Reichskanzler Prinz Max von Baden betrieb ab dem 28. Oktober die Abdankung Wilhelms II. Als der Kaiser erkennen musste, dass nicht nur der Rückhalt in der Bevölkerung immer mehr geschwunden war, sondern auch die Regimentskommandeure der Westfront auf Befragen angaben, nicht mehr für die Loyalität der Truppe garantieren zu können, verließ er Berlin und nahm Quartier in Spa, von wo er weiter Kontakt mit der Obersten Heeresleitung hielt. Der Kieler Matrosenaufstand und die sich anschließende Novemberrevolution mussten ihm die letzten Illusionen nehmen, dass seine Machtposition noch eine Zukunft hatte.

Inzwischen forderten nicht nur die Fortschrittliche Volkspartei und die SPD seine Abdankung, sondern auch das Zentrum. Hindenburg riet ihm ebenfalls, ins Ausland zu gehen. Dennoch zögerte er und überlegte, nur als Kaiser, nicht aber als preussischer König und Oberbefehlshaber des Heeres zurückzutreten, sodass der Reichskanzler schließlich gezwungen war, die Abdankung ohne Autorisierung bekannt zu geben. Wilhelm II., der das Schicksal der Zarenfamilie vor Augen hatte, bestieg am Abend des 9. November seinen Hofzug und fuhr am nächsten Morgen in den 50 Kilometer nördlich gelegenen niederländischen Grenzort Eijdsen. Dort begab er sich in die Hände der niederländischen Regierung, die ihm Asyl gewährte und sich auch später nicht davon beeindrucken ließ, dass im Versailler Friedensvertrag stand, Wilhelm solle als Kriegsverbrecher vor Gericht gestellt werden. Dies allein schon deshalb, weil die neutralen Niederlande nicht Vertragspartei waren. Reichskanzler Prinz Max von Baden gab die Abdankung von Kaiser Wilhelm II. bekannt und übertrug die Reichskanzlerschaft an den SPD-Vorsitzenden Friedrich Ebert.

Damit war das 1871 in Versailles proklamierte Kaiserreich Geschichte, das Deutsche Reich eine Republik. Es war ein „merkwürdig laut- und widerstandsloses Vergehen der Monarchie in Deutschland“ (Alexander Gallus). Das maßgeblich von Otto von Bismarck geschaffene Reich hatte immer unter erheblichen inneren Spannungen gestanden. Die von ihm erstrebte „innere Reichsgründung“ war nicht wirklich geglückt. Es war ein halbfeudaler Obrigkeitsstaat, der eine enorme Industrialisierung, die im Begriff war, sogar Großbritannien den Rang abzulaufen, nicht mit einer Modernisierung in Politik und Gesellschaft verbunden hatte. Neben der höfischen Kultur hatte sich keine ebenbürtige moderne bürgerliche Kultur etablieren können. Viele Vertreter der Funktionseliten vertraten einen „radikalen, antide-



7. November 1918, Berlin. Schon vor dem Beginn der Revolution in Berlin warnte der militärische Oberbefehlshaber in den Marken vor der Bildung von Arbeiter- und Soldatenräten nach russischem Muster.

2. Extraausgabe Sonnabend, den 9. November 1918.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.
Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Der Kaiser hat abgedankt!

Der Reichskanzler hat folgenden Erlass herausgegeben:
Seine Majestät der Kaiser und König haben sich entschlossen, dem Throne zu entsagen.

Der Reichskanzler bleibt noch so lange im Amte, bis die mit der Abdankung Seiner Majestät, dem Thronverzicht Seiner Kaiserlichen und Königlich Hohheit des Kronprinzen des Deutschen Reichs und von Preußen und der Einsetzung der Regentschaft verbundenen Fragen geregelt sind. Er beabsichtigt, dem Regenten die Ernennung des Abgeordneten Ebert zum Reichskanzler und die Vorlage eines Gesetzesentwurfs wegen der Ausschreibung allgemeiner Wahlen für eine verfassungsgebende deutsche Nationalversammlung vorzuschlagen, der es obliegen würde, die künftige Staatsform des deutschen Volk, einschließlich der Volksteile, die ihren Eintritt in die Reichsgrenzen wünschen sollten, endgültig festzustellen.

Berlin, den 9. November 1918. Der Reichskanzler.
Prinz Max von Baden.

Es wird nicht geschossen!

Der Reichskanzler hat angeordnet, daß seitens des Militärs von der Waffe kein Gebrauch gemacht werde.

Parteienoffen! Arbeiter! Soldaten!
Soeben sind das Alexanderregiment und die vierten Jäger geschlossen zum Volke übergegangen. Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Wels u. a. haben zu den Truppen gesprochen. Offiziere haben sich den Soldaten angeschlossen.

Der sozialdemokratische Arbeiter- und Soldatenrat.

9. November 1918, Berlin. Extraausgabe des sozialdemokratischen „Vorwärts“ mit dem Erlass des Reichskanzlers Prinz Max von Baden

mokratischen Nationalismus“ (Hans-Ulrich Wehler). Heinrich Mann hat dieses Milieu meisterhaft in seinem Roman „Der Untertan“ geschildert, den er im Juli 1914 abgeschlossen hatte, der aber erst nach Ende des Ersten Weltkrieges erscheinen konnte. Mit schwindendem Kriegsglück hatten die inneren Spannungen zugenommen und zugleich schwand die Loyalität zum Kaiserhaus.

Am Ende weinte kaum jemand Wilhelm II. eine Träne nach. Auch viele Monarchisten empfanden seine Flucht in die Niederlande, ohne Abdankung und ohne jeden Dank an die Soldaten, die mehr als vier Jahre lang für ihn gekämpft hatten, als unwürdig. Gleichzeitig standen große Teile der alten Eliten und auch des Bürgertums den revolutionären Ereignissen ablehnend gegenüber.

Am 9. November um die Mittagszeit erschienen die Sozialdemokraten Friedrich Ebert und Philipp Scheidemann im Reichskanzler-Palais, wo sie von Prinz Max, Vizekanzler Friedrich von Payer und weiteren Regierungsmitgliedern erwartet wurden. Der Reichskanzler fragte die SPD-Politiker, ob sie für Ruhe und Ordnung garantieren könnten, was Scheidemann bejahte. Sodann sprach er die Regentschaftsfrage an, d. h., die Frage der Nachfolge von Wilhelm II. Ebert beschied ihm, dafür sei es zu spät. Prinz Max trug unter Zustimmung der anwesenden Staatssekretäre Ebert als dem Vorsitzenden der größten Reichstagsfraktion das Amt des Reichskanzlers an, da es ja nun keinen Kaiser mehr gab, der einen Reichskanzler ernennen konnte, und er selbst seine Mission als erfüllt ansah. Ebert antwortete: „Es ist ein schweres Amt, aber ich werde es übernehmen.“

Schließlich verständigte man sich darauf, dass die Nationalversammlung über die Frage der künftigen Staatsform entscheiden solle. Um 14 Uhr rief Scheidemann dennoch vor dem Reichstag die deutsche Republik aus, worüber Ebert, mit dem er dies nicht abgesprochen hatte, sehr verärgert war. Zwei Stunden später propagierte der Spartakist Karl Liebknecht von einem Balkon des Berliner Stadtschlusses die freie sozialistische Republik. (1950 wurde das im Zweiten Weltkrieg beschädigte Schloss gesprengt. Der Balkon wurde mitsamt dem darunterliegenden Portal später als „Karl-Liebknecht-Portal“ in das Staatsratsgebäude der DDR eingebaut.) Die Ansprachen von Scheidemann und Liebknecht zeigten bereits deutlich, dass Sozialdemokraten und Kommunisten ganz unterschiedliche Vorstellungen davon hatten, was das Ergebnis der gerade beginnenden Revolution sein sollte.

1918

28./29. Oktober Wilhelm II. verlässt Berlin und fährt in sein Großes Hauptquartier in Spa (Belgien).

30. Oktober Kapitulation des Osmanischen Reiches (Waffenstillstand von Mudros)

9. November Reichskanzler Prinz Max von Baden gibt eigenmächtig die Abdankung von Kaiser Wilhelm II. bekannt. Anschließend übergibt er die Reichskanzlerschaft an Friedrich Ebert.

9./10. November Wilhelm II. verlässt Spa und begibt sich in die neutralen Niederlande. Die niederländische Regierung gestattet ihm den Aufenthalt unter der Bedingung, dass er auf jede politische Betätigung verzichtet

Erich Ludendorff flieht unter falschem Namen mit einem finnischen Diplomatenpass nach Schweden.

11. November Unterzeichnung des Waffenstillstands bei Compiègne

28. November Wilhelm II. unterzeichnet seine Abdankungsurkunde.

1919

Wilhelm II. erwirbt das Haus Doorn (Provinz Utrecht), wo er bis zu seinem Tod 1941 lebt.



November 1918. Nach der Ausrufung der Republik verlässt das Hofpersonal Kaiser Wilhelms II. den Dienst.



10. November 1918. Kaiser Wilhelm II. (4. v.l.) wartet nach seiner Abdankung in Spa auf den Zug ins niederländische Exil.

Ausrufung der Republik durch Philipp Scheidemann, 9. November 1918

Das deutsche Volk hat auf der ganzen Linie gesiegt. Das alte Morsche ist zusammengebrochen; der Militarismus ist erledigt! Die Hohenzollern haben abgedankt! Es lebe die deutsche Republik! Der Abgeordnete Ebert ist zum Reichskanzler ausgerufen worden. Ebert ist damit beauftragt worden, eine neue Regierung zusammenzustellen. Dieser Regierung werden alle sozialistischen Parteien angehören. Jetzt besteht unsere Aufgabe darin, diesen glänzenden Sieg, diesen vollen Sieg des deutschen Volkes nicht beschmutzen zu lassen, und deshalb bitte ich Sie, sorgen Sie dafür, dass keine Störung der Sicherheit eintrete! [...]

Bericht von Manfred Jessen-Klingenberg, in: Die Erste Republik, Piper Verlag, München 1992, S. 46f.

Ausrufung der sozialistischen Republik durch Karl Liebknecht, 9. November 1918

[...] „Wir müssen alle Kräfte anspannen, um die Regierung der Arbeiter und Soldaten aufzubauen und eine neue staatliche Ordnung des Proletariats zu schaffen, eine Ordnung des Friedens, des Glücks und der Freiheit unserer deutschen Brüder und unserer Brüder in der ganzen Welt. Wir reichen ihnen die Hände und rufen sie zur Vollendung der Weltrevolution auf.“

Wer von Euch die freie sozialistische Republik Deutschland und die Weltrevolution erfüllt sehen will, erhebe seine Hand zum Schwur“ (alle Hände erheben sich und Rufe ertönen: Hoch die Republik!). Nachdem der Beifall verrauscht war, ruft ein neben Liebknecht stehender Soldat und schwenkt die rote Fahne, die er in Händen trägt: „Hoch lebe ihr erster Präsident Liebknecht!“

Liebknecht schloss: „So weit sind wir noch nicht. Ob Präsident oder nicht, wir müssen alle zusammenstehen, um das Ideal der Republik zu verwirklichen. Hoch die Freiheit und das Glück und der Frieden!“

Bald darauf wurde an dem Mast der Kaiserstandarte die rote Fahne gehisst.

Bericht der Vossischen Zeitung vom 10. November 1918, in: Die Erste Republik, Piper Verlag, München 1992, S. 47

Novemberrevolution

Reichskanzler Prinz Max von Baden hatte mit dem Sozialdemokraten Friedrich Ebert den Vorsitzenden der größten deutschen Partei zu seinem Nachfolger gemacht und damit gewissermaßen im Sinn der durch die Oktoberreformen geschaffenen Verfassung gehandelt. Ebert wollte zunächst die ab Juli 1917 bestehende Zusammenarbeit mit der Fortschrittlichen Volkspartei und dem Zentrum fortsetzen, sah allerdings die Notwendigkeit, angesichts ihrer beträchtlichen Anhängerschaft unter den Arbeitern, die USPD mit ins Boot zu holen. Sein Ziel war es, die Arbeiter- und Soldatenräte, die in vielen Städten entstanden waren, so rasch wie möglich zu entmachten und die Entwicklung in geordnete Bahnen zu lenken. Angesichts der revolutionären Lage gab die SPD aber diese Linie bald auf und entschloss sich zu Verhandlungen mit der USPD über die Bildung einer rein sozialistischen Regierung, wobei allerdings die bisherigen Staatssekretäre, wie die Ressortminister damals hießen, zunächst im Amt blieben.

Die USPD zeigte sich kompromissbereit und machte Abstriche von ihrem ursprünglichen Forderungskatalog, sodass sich schon am 10. November der Rat der Volksbeauftragten konstituierte. Ihm gehörten vonseiten der SPD Friedrich Ebert, Philipp Scheidemann und Otto Landsberg an, für die USPD Hugo Haase und Wilhelm Dittmann, die den eher gemäßigten Flügel der Unabhängigen repräsentierten, außerdem der Radikale Emil Barth, der auch bei den Revolutionären Obleuten eine führende Rolle spielte. Richard Müller, der Vorsitzende der Revolutionären Obleute, lehnte eine Mitwirkung ebenso ab wie der Spartakist Karl Liebknecht. Die USPD war eine heterogene Partei. Hervorgegangen aus der Gegnerschaft gegen die Bewilligung der Kriegskredite durch die Reichstagsfraktion der SPD, gab es in ihr Pazifisten, die wie Eduard Bernstein dem revisionistischen Flügel angehörten, aber auch Vertreter des sogenannten marxistischen Zentrums der SPD wie den früheren Parteivorsitzenden Hugo Haase.

Daneben existierte ein relativ kleiner linker Flügel, dessen programmatischen Kern die Spartakusgruppe um Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht bildete. Sie veröffentlichte am 10. November in der „Roten Fahne“, dem publizistischen Organ der Spartakusgruppe, ein Programm, das deutlich machte, dass sie einen ganz anderen Staat wollte. Sie forderte die Entwaffnung der gesamten Polizei, die Übernahme aller Behörden



9. November 1918, Berlin. Demonstration Unter den Linden. An der Spitze des Zuges trägt der Kieler Matrose Johann Marx die rote Fahne.



10. November 1918. Zum Rat der Volksbeauftragten gehörten (von links nach rechts) Wilhelm Dittmann, Otto Landsberg, Hugo Haase, Friedrich Ebert, Emil Barth, Philipp Scheidemann. Fotopostkarte (undatiert)



November 1918, Berlin. Revolutionäre Soldaten und Matrosen vor dem Brandenburger Tor

und Kommandostellen durch den Arbeiter- und Soldatenrat, die Beseitigung des Reichstags und aller Parlamente und die Errichtung eines Reichsarbeiter- und Soldatenrates, die Abschaffung aller Dynastien und Einzelstaaten, stattdessen „eine einheitliche sozialistische Republik Deutschland“. Die letzte Forderung zeigt deutlich, worauf man hinauswollte: „Sofortige Rückberufung der russischen Botschaft nach Berlin.“ Die Oktoberrevolution war das Vorbild, an dem man sich orientierte. Des Weiteren hieß es: „Es darf kein ‚Scheidemann‘ mehr

in der Regierung sitzen; es darf kein Sozialist in die Regierung eintreten, solange ein Regierungssozialist noch in ihr sitzt. Es gibt keine Gemeinschaft mit denen, die Euch vier Jahre lang verraten haben.“ Hier wird ein Alleinvertretungsanspruch der Spartakusgruppe deutlich, der keine Kompromisse kannte und einige Wochen später dann in der Gründung einer eigenen Partei, der KPD, mündete. Es war konsequent, dass Karl Liebknecht es ablehnte, im Rat der Volksbeauftragten mitzuarbeiten.

Den Spartakisten stand die Mehrheit der Revolutionären Obleute nahe, die schon am 6. November Beschlüsse über einen revolutionären Massenstreik gefasst hatten, der spätestens am 11. November stattfinden sollte, und die auch hinter den Streikaktionen vom 9. November standen. Die meisten Obleute waren wie die Spartakisten Befürworter einer deutschen Räterepublik. Diese am weitesten links stehende Strömung innerhalb des sozialistischen Lagers bekämpfte die Parlamentarisierung des Deutschen Reiches und agitierte mit großer Vehemenz gegen die Einberufung einer Nationalversammlung. Es gab allerdings auch Differenzen zwischen beiden Gruppen. Als die Spartakisten am 1. Januar 1919 die KPD gründeten, verblieben die Revolutionären Obleute in der USPD.

Schon am Abend des 10. November erlitt Liebknecht eine herbe Niederlage. Im Zirkus Busch hatten sich 3000 von den Berliner Soldaten und Arbeitern gewählte Vertrauensmänner versammelt. Für die verschiedenen Strömungen sprachen Friedrich Ebert, Hugo Haase und Karl Liebknecht. Liebknecht warnte vor der Gegenrevolution, die bereits auf dem Marsch sei, und klagte die Sozialdemokraten an, „die heute mit der Revolution gehen und vorgestern noch Feinde der Revolution waren“. Daraufhin wurde er durch stürmische Rufe „Einigkeit! Einigkeit!“ unterbrochen. Am Ende wurde ein Vollzugsrat gewählt, der aus je 14 Arbeitern und Soldaten bestand. Sieben Vertreter der Arbeiterschaft kamen von der SPD, während die sieben USPD-Mandate die Revolutionären Obleute übernahmen, die mit Richard Müller auch den Vorsitzenden stellten.

Der Vollzugsrat war gewissermaßen der Arbeitsausschuss der Arbeiter- und Soldatenräte, die sich – so ihr Selbstverständnis – als Ausdruck des revolutionären Volkswillens als provisorisches Parlament gebildet hatten. Der Rat der Volksbeauftragten wiederum sollte der Beauftragte des Vollzugsrates bei der politischen Umsetzung der von den Arbeiter- und Soldatenräten formulierten Ziele sein: „Die Träger der politischen Macht sind jetzt Arbeiter- und Soldatenräte. Sofortiger Friede ist die Parole der Revolution. Die rasche und konsequente Vergesellschaftung der kapitalistischen Produktionsmittel ist nach der sozialen Struktur Deutschlands und dem Reifegrad seiner wirtschaftlichen und politischen Organisation ohne starke Erschütterung durchführbar. Sie ist notwendig, um aus den blutgetränkten Trümmern eine neue Wirtschaftsordnung aufzubauen, um die wirtschaftliche Versklavung der Volksmassen und den Untergang der Kultur zu verhüten.“

Von dieser Erwartung emanzipierte der Rat der Volksbeauftragten sich sehr rasch. Sein Sprecher, Friedrich Ebert, dem das zusätzliche Amt des Reichskanzlers Prestige und administrative Möglichkeiten verschaffte, war radikalen sozialistischen Experimenten nicht zugeneigt. Die russischen Ereignisse von 1917 waren in der deutschen Sozialdemokratie sehr intensiv wahrgenommen worden. Sie haben dazu beigetragen, dass Ebert die grundsätzliche Systemopposition, die August Bebel propagiert hatte, hinter sich ließ. Er suchte die Zusammenarbeit mit Liberalen und Katholiken auch deshalb, weil er glaubte, nur so könnten „russische Zustände“ in Deutschland vermieden werden. Schon im Januar 1918 hatte

die SPD-Parteizeitung „Vorwärts“ die gewaltsame Auflösung der Verfassungsgebenden Versammlung Russlands auf das Schärfste verurteilt. Ebert gehörte dem rechten Flügel der SPD an und hatte mit der Vergesellschaftung von Produktionsmitteln, Räteregierung und Diktatur des Proletariats nichts im Sinn. Ihm ging es im November 1918 darum zu zeigen, dass die Sozialdemokraten, die jahrzehntlang als „vaterlandslose Gesellen“ und „innere Reichsfeinde“ diffamiert worden waren, durchaus in der Lage waren, die Regierungsgeschäfte zu übernehmen und den deutschen Staat nach der schweren Kriegsniederlage einer besseren Zukunft zuzuführen. Seine ersten Bekanntmachungen als Reichskanzler waren geprägt von Appellen an die Bevölkerung, Ruhe und Ordnung zu bewahren.

Die Mitglieder des Rates der Volksbeauftragten waren formal den Staatssekretären, die bisher die verschiedenen Reichsämter geleitet hatten, übergeordnet. De facto waren sie aber auf deren Sachkenntnisse angewiesen. Die Sozialdemokraten waren hier gegenüber den Vollzugsräten der USPD im Vorteil, weil die Ministerialbeamten die Zusammenarbeit mit ihnen bevorzugten. Außerdem sicherte sich die SPD bei der Aufteilung der Ressorts die wichtigsten Bereiche. Ebert selbst übernahm Inneres und Militär, Landsberg Finanzen und Scheidemann Presse und Nachrichtenwesen. Der Vollzugsrat nahm sehr rasch seine Arbeit auf und erließ eine Vielzahl von Gesetzen und Anordnungen. Das betraf klassische Grundrechte

wie die Meinungsfreiheit, vor allem aber das Gebiet der Sozialpolitik. So wurde zum 26. November 1918 der Achtstundentag eingeführt. Viele dieser neuen Regelungen brachten für die Menschen spürbare Verbesserungen, aber revolutionär waren sie nicht. Jahrzehntlang war die SPD eine Partei des Klassenkampfes gewesen, die sich in grundsätzlicher Gegnerschaft zum Staat befunden hatte. Nun stand sie plötzlich selbst an der Spitze dieses Staates und sah ihre Aufgabe vor allem darin, den Übergang in eine neue Nachkriegsordnung – soweit möglich – ohne Blutvergießen zu bewältigen. Sie war im Grunde genommen zu einer Reformpartei geworden, ohne dass dieses neue Selbstverständnis sich schon in einer neuen Programmatik niedergeschlagen hätte.

Für die revolutionären Kräfte, die einen radikalen gesellschaftlichen Umsturz anstrebten, musste das enttäuschend sein. Diese Enttäuschung brach sich dann Bahn in den gewaltsamen Auseinandersetzungen der zweiten Phase der Revolution, die mit dem Januaraufstand begann. Als am 9. November in Berlin der Generalstreik anging, musste die SPD damit rechnen, dass auch viele ihrer Anhänger dem Aufruf der revolutionären Obleute Folge leisten würden. Deshalb setzte die SPD sich an die Spitze der Bewegung, aber mit dem erklärten Ziel, sie unter Kontrolle zu bringen, was auch gelang. Das kann man je nach eigenem Standpunkt als „taktische Meisterleistung“ (Heinrich August Winkler) oder als Verrat an der Revolution ansehen. Die SPD fungierte als Scharnier zwischen



der kaiserlichen Ministerialbürokratie, mit der sie durch die Regierung verbunden war, und den revoltierenden Arbeitern. De facto war sie in die Rolle einer Ordnungsmacht hineingewachsen. Die Tatsache, dass Friedrich Ebert in Personalunion die Ämter als Reichskanzler und Sprecher des Rates der Volksbeauftragten wahrnahm und so über eine doppelte Legitimation verfügte, brach der Gefahr einer konkurrierenden Doppelherrschaft, wie es sie 1917 in Russland gegeben hatte, von vornherein die Spitze ab. Ebert und seine Mitstreiter prägten die erste Phase der Revolution und waren deshalb später die bevorzugten Hassobjekte der enttäuschten Revolutionäre.

Carl Legien, der Vorsitzende der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, war wie Friedrich Ebert ein reformorientierter Sozialdemokrat. 1914 hatte er die Burgfriedenspolitik unterstützt, die vorsah, dass die Gewerkschaften im Interesse der nationalen Verteidigung für die Dauer des Krieges auf alle Kampfmaßnahmen verzichten sollten. Im Gegenzug erwartete er aber auch, dass die Gewerkschaften von den Arbeitgebern als gleichberechtigte Partner anerkannt wurden. Die Verhandlungen darüber hatten bereits gegen Ende des Krieges begonnen, wobei auf der Arbeitgeberseite der Ruhrindustrielle Hugo Stinnes federführend war. Am 15. November wurde die „Vereinbarung zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden“, wie das Stinnes-Legien-Abkommen offiziell hieß, abgeschlossen. Dieses Abkommen brachte den Gewerkschaften die Anerkennung als „berufene Vertretung der Arbeiterschaft“, außerdem viele soziale Verbesserungen wie zum Beispiel den Achtstundentag.

Man kann sich fragen, ob in der damaligen politischen Situation, in der die Zukunft der großen Unternehmen sehr unübersichtlich war, nicht mehr hätte erreicht werden können. Bei der Beurteilung ist zu bedenken, dass mit der gegenseitigen Anerkennung auch die Gewerkschaften die Großindustrie als gleichberechtigten Partner akzeptierten. Den damals sehr lautstark vorgetragenen Forderungen nach Sozialisierung des Kohlebergbaus, die auch viele gemäßigte Sozialdemokraten teilten, war dadurch erst einmal der Wind aus den Segeln genommen. Hugo Stinnes war einer der „Ruhrbarone“, die davon profitierten. Er gehörte zu der großen, weit rechts stehenden Mehrheit der Funktionselementen, die der im Entstehen befindlichen Weimarer Demokratie skeptisch bis ablehnend gegenüberstanden.



21. November 1918, Berlin. Sitzung der Soldatenräte im Reichstag. Am Rednerpult: Otto Wels (SPD), Stadtkommandant von Berlin

Der Vorstand der SPD an den Vorstand der USPD, 9. November 1918

Von dem aufrichtigen Wunsche geleitet, zu einer Einigung zu gelangen, müssen wir Ihnen unsere grundsätzliche Stellung zu Ihren Forderungen klarlegen. Sie fordern:

1. Deutschland soll eine soziale Republik sein.
Diese Forderung ist das Ziel unserer eigenen Politik, indessen hat darüber das Volk durch die konstituierende Versammlung zu entscheiden.
2. In dieser Republik soll die gesamte exekutive, legislative und jurisdiktionelle Macht ausschließlich in den Händen von gewählten Vertrauensmännern der gesamten werktätigen Bevölkerung und der Soldaten sein.
Ist mit diesem Verlangen die Diktatur eines Teils einer Klasse gemeint, hinter dem nicht die Volksmehrheit steht, so müssen wir diese Forderung ablehnen, weil sie unseren demokratischen Grundsätzen widerspricht.
3. Ausschluss aller bürgerlichen Mitglieder aus der Regierung.
Diese Forderung müssen wir ablehnen, weil ihre Erfüllung die Volksernährung erheblich gefährden, wenn nicht unmöglich machen würde.
4. Die Beteiligung der Unabhängigen gilt nur für drei Tage als ein Provisorium, um eine für den Abschluss des Waffenstillstands fähige Regierung zu schaffen.
Wir halten ein Zusammenwirken der sozialistischen Richtungen mindestens bis zum Zusammentritt der Konstituante für erforderlich. [...]

Vorwärts vom 10. November 1918, in: Die Erste Republik, Piper Verlag, München 1992, S. 54

Rosa Luxemburg, Die Nationalversammlung

[...] Bürgerkrieg ist nur ein anderer Name für Klassenkampf und der Gedanke, den Sozialismus ohne Klassenkampf, durch parlamentarischen Mehrheitsbeschluss einführen zu können, ist eine lächerliche kleinbürgerliche Illusion.

Was gewinnt man also durch diesen feigen Umweg der Nationalversammlung? Man stärkt die Position der Bourgeoisie, man schwächt und verwirrt durch leere Illusionen das Proletariat, man verzettelt und verliert Zeit und Kraft auf „Diskussionen“ zwischen Wolf und Lamm, man arbeitet mit einem Wort all denjenigen Elementen in die Hand, deren Zweck und Absicht es ist, die proletarische Revolution um ihre sozialistischen Ziele zu betrügen, sie zu einer bürgerlich-demokratischen Revolution zu entmannen.

Aber die Frage der Nationalversammlung ist [...] eine Prinzipienfrage, eine Frage der sozialistischen Selbsterkenntnis der Revolution. [...]

Die Nationalversammlung ist ein überlebtes Erbstück bürgerlicher Revolutionen, eine Hülse ohne Inhalt, ein Requisite aus den Zeiten kleinbürgerlicher Illusionen vom „einigen Volk“, von der „Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit“ des bürgerlichen Staates.

Wer heute zur Nationalversammlung greift, schraubt die Revolution bewusst oder unbewusst auf das historische Stadium bürgerlicher Revolutionen zurück. [...]

Die von der Geschichte auf die Tagesordnung gestellte Frage lautet: bürgerliche Demokratie oder sozialistische Demokratie. Denn Diktatur des Proletariats, das ist Demokratie im sozialistischen Sinne. [...]

Die Rote Fahne vom 20. November 1918, in: Rosa Luxemburg, Gesammelte Werke, Bd. 4, Dietz Verlag, Berlin 1974, S. 408f.

1918

7. November Kurt Eisner (USPD) proklamiert den Freistaat Bayern und erklärt König Ludwig III. für abgesetzt. Im Bayerischen Landtag konstituiert sich ein Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrat.

8. November Bildung eines provisorischen Nationalrates in Bayern, Eisner wird Ministerpräsident und Außenminister.

9. November Die Berliner Betriebe werden bestreikt.

Mehrere Berliner Zeitungshäuser werden von den Revolutionären besetzt. Erstmals erscheint „Die rote Fahne“.

10. November Der Rat der Volksbeauftragten unter dem Vorsitz von Friedrich Ebert (SPD) und Hugo Haase (USPD) übernimmt die Regierungsgeschäfte.

Wahl der Arbeiter- und Soldatenräte der Berliner Betriebe und Garnisonen, anschließend Vollversammlung im Zirkus Busch; ein Vollzugsrat des Arbeiter- und Soldatenrates Groß-Berlin wird gewählt.

Generalleutnant Wilhelm Groener versichert Ebert in einem Telefongespräch, dass das Heer sich der neuen Regierung unterstellt („Ebert-Groener-Pakt“).

11. November Neugründung des Spartakusbundes in Berlin. Der Zentrale gehören u. a. Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, Leo Jogiches, Paul Levi und Wilhelm Pieck an.

Unterzeichnung des Waffenstillstandsabkommens zwischen dem Deutschen Reich, Frankreich und Großbritannien in Compiègne

12. November Aufruf des Rates der Volksbeauftragten an das deutsche Volk. U. a. wird der Belagerungszustand aufgehoben, die Zensur abgeschafft und für politische Straftaten eine Amnestie erlassen.

15. November Unterzeichnung des Stinnes-Legien-Abkommens, mit dem die Unternehmer die Gewerkschaften als gleichberechtigte Tarifpartner anerkennen

25. November Reichskonferenz des Rates der Volksbeauftragten mit Vertretern der Landesregierungen

Dezemberkämpfe

Der Dezember 1918 war die Phase des Übergangs zwischen dem November, in dem der Regimewechsel erstaunlich schnell und unblutig über die Bühne gegangen war, und den gewaltsamen Konfrontationen im Januar 1919. Der Monat begann mit einem Ereignis, das wie ein schlechtes Omen für die kommenden Ereignisse wirkte. Am Freitag, den 6. Dezember, schossen Gardefüsiliere mit Maschinengewehren auf eine belebte Straßenkreuzung. Sie richteten innerhalb von wenigen Minuten ein Blutbad an, das mehr Opfer forderte als die Umwälzungen vom 8. und 9. November. Eine Gruppe schwerbewaffneter Soldaten nötigte Ebert, die Reichskanzlei zu verlassen und auf die Straße zu kommen. Sie wollten ihn zum Reichspräsidenten ausrufen, was er ablehnte. Zeitgleich wurde der Vollzugsrat vorübergehend verhaftet. Es gibt Anhaltspunkte dafür, dass dies ein rechter Putschversuch zur Entmachtung des Arbeiter- und Soldatenrates war. Andere Stimmen sprechen davon, dass der Schießerei spartakistische Provokationen vorausgingen. Den Schießbefehl soll der Berliner Stadtkommandant Otto Wels (SPD) erteilt haben, was dieser entschieden bestritt. Ebert wurde von manchen unterstellt, er sei Mitwisser gewesen oder habe das Ganze sogar mit vorbereitet.

Die Hintergründe dieses Zwischenfalls konnten nie wirklich aufgeklärt werden, genauso wenig, wer den Befehl erteilt hatte. An dem darauffolgenden Wochenende kam es zu zahllosen Demonstrationen der verschiedenen politischen Lager. Allein die SPD veranstaltete 16 Kundgebungen in den verschiedenen Teilen der Stadt. Am 8. Dezember wurden die Opfer der

Schießerei beerdigt. Karl Liebknecht ließ den Trauerzug vor der Kommandantur anhalten und forderte die Menge auf, den „Bluthund Wels“ herauszuholen. Otto Wels und seiner Frau gelang es aber, sich durch Flucht in Sicherheit zu bringen.

Die verschiedenen politischen Lager, die sich in den revolutionären Novembertagen zusammengefunden hatten, strebten nun immer deutlicher auseinander. Die Spartakisten und die vor allem in Norddeutschland verbreiteten Internationalen Kommunisten Deutschlands arbeiteten zunehmend auf die Gründung einer eigenen politischen Partei hin. In diesen Bestrebungen sahen sie sich bestätigt, als die 514 Delegierten der Arbeiter- und Soldatenräte aus ganz Deutschland am 16. Dezember im preußischen Abgeordnetenhaus zum ersten Reichsrätekongress zusammentraten. Unter den Delegierten waren 288 Mehrheitssozialdemokraten, denen nur 88 Vertreter der USPD gegenüberstanden. Die Spartakisten stellten nur ein kleines Häuflein von zehn Delegierten. Entsprechend eindeutig fiel nach hitziger Debatte die Entscheidung über das weitere Vorgehen aus. Der Antrag von Ernst Däumig (USPD), das Rätssystem zur Grundlage der Verfassung einer deutschen sozialistischen Republik zu machen, wurde mit 344 gegen 89 Stimmen abgelehnt. Dagegen wurde der Antrag von Max Cohen (SPD), am 19. Januar 1919 eine Nationalversammlung zu wählen, mit einem sogar noch eindeutigeren Stimmenverhältnis angenommen. Damit war klar, dass der von den Mehrheitssozialdemokraten befürwortete Weg in eine parlamentarische Demokratie sich durchgesetzt hatte.

Zu einer gravierenden Konfrontation kam es an Weihnachten. Am 23. Dezember befahl der Rat der Volksbeauftragten der Volksmarinedivision den Abzug aus Berlin und die Reduzierung ihrer Truppenstärke. Doch die Volksmarinedivision, die außerdem noch offene Soldforderungen hatte, zog nicht ab, sondern brachte die Reichskanzlei im Berliner Schloss in



25. November 1918. Der Spartakusbund ruft die Proletarier aller Kriegführenden Staaten dazu auf, den Krieg zu beenden.



12. Dezember 1918, Berlin. Schaulustige erwarten auf dem Pariser Platz die aus dem Krieg heimkehrende 4. Garde-Infanterie-Division.



18. Dezember 1918, Berlin. Die „Freie Republik“ heißt die aus dem Krieg heimkehrende 231. Division willkommen.



16. Dezember 1918, Berlin. Der erste Reichskongress der Arbeiter- und Soldatenräte tagt im Preußischen Abgeordnetenhaus (heute Berliner Abgeordnetenhaus).



Dezember 1918, Berlin. Revolutionäre Soldaten und Matrosen stellen auf ein Eingangsportale des Stadtschlosses ein Maschinengewehr.



Ende Dezember 1918, Berlin. Nach den Weihnachtskämpfen betrachten Schaulustige die Zerstörungen am Stadtschloss.

ihre Gewalt, errichtete dort ihr Hauptquartier und hielt den Berliner Stadtkommandanten Otto Wels im Marstall als Geisel. Am 24. Dezember kam es zu heftigen Kämpfen zwischen Truppen, die Generalleutnant Groener auf Eberts Bitte in die Stadt entsandt hatte, und den Matrosen der Volksmarinedivision. Die im Häuserkampf unerfahrenen Frontsoldaten erlitten dabei erhebliche Verluste, aber es kamen auch Matrosen um. Die Volksmarinedivision blieb bestehen, erhielt ihren Sold und Wels musste zurücktreten. Diese Ereignisse führten dazu, dass die bisherige Koalition zwischen den beiden sozialdemokratischen Parteien zerbrach und die Vertreter der USPD den Rat der Volksbeauftragten verließen. Stattdessen traten die Mehrheits-

sozialdemokraten Gustav Noske und Rudolf Wissell zusätzlich in den Rat ein. Noske erhielt den Befehl, eine bewaffnete Macht zur Verteidigung der Regierung aufzubauen und dabei verstärkt auch auf Freikorps zu setzen. Dies waren Freiwilligenverbände aus ehemaligen Frontsoldaten, die in ihrer großen Mehrheit entschieden antirevolutionär und antidemokratisch gesinnt waren. Er nahm diesen Auftrag an mit den viel zitierten Worten „*Einer muss der Bluthund sein*“.

Die Weihnachtskämpfe gaben den letzten Anstoß für den linken Flügel der USPD, die Gründung einer eigenen Partei in Angriff zu nehmen. 94 Spartakisten, 29 Delegierte der Internationalen Kommunisten Deutschlands und drei Vertreter des Ro-

ten Soldatenbundes gründeten auf dem vom 30. Dezember 1918 bis zum 1. Januar 1919 dauernden Parteitag die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD). Damit war die deutsche Arbeiterbewegung endgültig in zwei gegnerische Lager gespalten.

Resolution, 30. Dezember 1918

Die USP[D] ist zwar aus der allgemeinen Krisis innerhalb der alten deutschen Sozialdemokratie hervorgegangen, in ihrer Zusammensetzung jedoch das Ergebnis der besonderen Gegensätze in der Kriegspolitik. Sie entstand durch Zusammenschluss verschiedenartiger Elemente, die weder in den Grundsätzen noch in der Taktik übereinstimmen und in den offiziellen Instanzen überwiegend eine verhängnisvolle scheinradikale Impotenz verkörpern. Die Politik der USP war von Anbeginn an niemals eine solche der sozialistischen Klarheit, des entschlossenen Klassenkampfes, des konsequenten Internationalismus, sondern nur eine solche der opportunistischen Verworrenheit, der ängstlichen Kompromisselei, der nationalen Rechnungsträgerei und so von Anfang an zur Aktionsunfähigkeit verdammt.

Seit der Novemberrevolution hat sich die Halbheit und Unsicherheit dieser Politik bis zur völligen Prinzipienlosigkeit gesteigert. Obwohl die Mehrheitssozialisten schon am 9. November unzweideutig erklärten, dass sie eine proletarisch-revolutionäre Politik auch künftig ablehnen würden, traten Vertreter der USP in das paritätische Kabinett ein. [...]

Sie haben damit auch eine Mitverantwortung für die traurigen Vorgänge vom 23. und 24. Dezember auf sich geladen. [...]

Der Gründungsparteitag der KPD: Protokolle und Materialien, hg. v. Hermann Weber, Dietz Verlag, Berlin 1969, S. 63 f.

1918

6. Dezember Vor dem Stettiner Bahnhof (heute Berlin Nordbahnhof) schießen Gardefüsilier an der Kreuzung Chausseestraße/Invalidenstraße auf demonstrierende Soldaten und Matrosen, töten 16 Menschen und verletzen etwa 80, davon zwölf schwer.

7./8. Dezember Massenversammlungen von Spartakisten, USPD, SPD und Mittelstandsvereinigungen

14. Dezember Veröffentlichung des Programms des Spartakusbundes

15./17. Dezember Reichskonferenz der Internationalen Kommunisten Deutschlands (IKD), die sich zur Zusammenarbeit mit dem Spartakusbund bereit erklärt

16./21. Dezember Erster Reichskongress der Arbeiter- und Soldatenräte

22. Dezember Die Zentrale des Spartakusbundes beschließt die Einberufung einer Reichskonferenz.

23./24. Dezember Friedrich Ebert lässt das Berliner Stadtschloss räumen. Bei den „Weihnachtskämpfen“ kommen 56 Soldaten der Regierungstruppen und elf Matrosen ums Leben.

25. Dezember Das Verlagsgebäude des „Vorwärts“ wird von Spartakisten und Matrosen besetzt. Nach langen Verhandlungen wird es am Tag darauf wieder geräumt.

27. Dezember Der Stadtkommandant Otto Wels (SPD) tritt zurück.

29. Dezember Die USPD-Vertreter Hugo Haase, Wilhelm Dittmann und Emil Barth verlassen den Rat der Volksbeauftragten, dafür kommen Gustav Noske und Rudolf Wissell (SPD) hinzu.

Der Spartakusbund beschließt in nicht öffentlicher Sitzung die Trennung von der USPD und die Gründung einer neuen Partei.

30. Dezember – 1. Januar 1919 Gründungsparteitag der KPD

Januaraufstand

Am 4. Januar wurde der Berliner Polizeipräsident Emil Eichhorn abgesetzt, weil er während der Weihnachtskämpfe mit den revolutionären Matrosen kollaboriert hatte. Eichhorn war gelernter Elektromonteur und hatte vor dem Krieg als Journalist für sozialdemokratische Zeitungen gearbeitet. Seit 1917 Mitglied der USPD, wurde er in dieser Auseinandersetzung zu einer Symbolfigur von großer Wirkung. Seine Absetzung wurde von den Anhängern der USPD und der KPD, aber auch von den Revolutionären Obleuten als Provokation empfunden. Dennoch warnte vor allem die Zentrale der KPD zunächst davor, die Machtübernahme anzustreben. Sie ging davon aus, dass eine sich auf das Proletariat stützende Regierung sich höchstens 14 Tage im Amt halten könne und ihr eine Machtbasis im Land fehle.

Doch Massendemonstrationen am Folgetag führten zu einem Stimmungsumschwung: Am Abend des 5. Januar beschloss eine Versammlung von etwa 70 Revolutionären Obleuten und dem Zentralvorstand der Berliner USPD mit großer Mehrheit, den Kampf um die Macht aufzunehmen. Auch die beiden Mitglieder der KPD-Zentrale Karl Liebknecht und Wilhelm Pieck stimmten dafür. Lenin allerdings schickte Karl Radek nach Berlin, der im Namen der Kommunistischen Partei Russlands am 6. Januar und erneut drei Tage später die deutsche Bruderpartei dazu aufforderte, jetzt keinen Aufstand zu beginnen bzw. den begonnenen Kampf wieder einzustellen, weil die Zeit dafür noch nicht reif sei.



Januar 1919, Berlin. Kämpfe im Zeitungsviertel: Revolutionäre verschanzen sich hinter Papierrollen und Zeitungstapeln.



Januar 1919, Berlin. Die Regierungstruppen setzen einen erbeuteten britischen Tank Mark IV am Bülowplatz (heute Rosa-Luxemburg-Platz) gegen die Revolutionäre ein.

An die Arbeiterschaft Berlins!

Zum zweiten Male hat die revolutionäre Arbeiterschaft Berlins den „Vorwärts“ besetzt! Dieses Mal soll keine Macht der Welt ihn seinen rechtmäßigen Besitzern wieder entreißen; dafür werden wir Sorge tragen.

Arbeiter! Genossen! Soldaten! Die Stunde hat geschlagen, wo es gilt, die Revolution zum siegreichen Ende zu führen. Entweder wir errichten die Diktatur des Proletariats oder wir werden es erleben, dass Ebert – Scheidemann, die Henker der Revolution, diese vollends erdrosseln. [...]

Arbeiter! Genossen! Soldaten! Nehmt die Macht in die Hände. Stürzt diese Regierung, die sich schützend vor die Geldschränke stellt, die Verrat und immer Verrat an der Revolution begangen hat.

Es lebe die Diktatur des Proletariats!

Es lebe die Revolution!

Flugblatt der revolutionären Arbeiterschaft Groß-Berlins, Anfang Januar, in: Die Erste Republik, Piper Verlag, München 1992, S. 83

Mitbürger!

Spartakus kämpft um die ganze Macht. Die Regierung, die binnen zehn Tagen die freie Entscheidung des Volkes über sein eigenes Schicksal herbeiführen will, soll mit Gewalt gestürzt werden.

Das Volk soll nicht sprechen dürfen, seine Stimme soll unterdrückt werden.

Die Erfolge habt ihr gesehen!

Wo Spartakus herrscht, ist jede persönliche Freiheit und Sicherheit aufgehoben.

Die Presse ist unterdrückt, der Verkehr lahmgelegt. Teile Berlins sind die Stätte blutiger Kämpfe. Andere sind schon ohne Wasser und Licht. Proviantämter werden gestürmt.

Die Ernährung der Soldaten und Zivilbevölkerung wird unterbunden. [...]

Gewalt kann nur mit Gewalt bekämpft werden. Die organisierte Gewalt des Volkes wird der Unterdrückung und der Anarchie ein Ende machen. Einzelerfolge der Feinde der Freiheit, die von ihnen in lächerlicher Weise aufgebauscht werden, sind nur von vorübergehender Bedeutung.

Die Stunde der Abrechnung naht!

Flugblatt des Rates der Volksbeauftragten vom 8. Januar 1919, in: Illustrierte Geschichte der Deutschen Revolution, Internationaler Arbeiter-Verlag, Berlin 1929, S. 277

Am 8. Januar begann die gewaltsame Niederschlagung des Aufstands, wobei die Truppen der Regierung nicht von einem Offizier, sondern von dem sozialdemokratischen Militärexperten und Volksbeauftragten Gustav Noske befehligt wurden. Dies war eine bewusste Entscheidung Eberts, um die Arbeiterschaft nicht unnötig zu provozieren. Trotzdem wurden die Kämpfe mit großer Brutalität geführt. Vor allem um das von den Aufständischen besetzte Zeitungsviertel wurde erbittert gekämpft. Nach der Einnahme des Polizeipräsidiums brach der unzureichend vorbereitete Aufstand rasch zusammen. Er forderte insgesamt 165 Todesopfer, die zum guten Teil durch das exzessive Vorgehen der Regierungstruppen umkamen. Die Führer der KPD Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, die sich geweigert hatten, die Stadt zu verlassen und sich in Sicherheit zu bringen, wurden von Freikorpsangehörigen ermordet.



10. Januar 1919, Berlin. Angehörige von Vermissten warten vor dem Leichenschauhaus der Gerichtsmedizin in der Hannoverschen Straße, um nach ihnen zu suchen.



12. Januar 1919, Berlin. Das von Revolutionären vorübergehend besetzte Vorwärts-Gebäude in der Lindenstraße nach den Kämpfen

Die Toten der revolutionären Ereignisse vom November und Dezember 1918 wurden auf dem Berliner Friedhof in Friedrichshain bestattet, wo auch die Toten der Revolution von 1848, die sogenannten Märzgefallenen, ihre Ruhestätte gefunden hatten. Den Toten des Januaraufstands 1919 hat der Berliner Magistrat diese Ehre verweigert. Sie wurden in Friedrichsfelde in Berlin-Lichtenberg beerdigt. Das war ein symbolpolitischer Konflikt zwischen der KPD, der viele der

Toten angehört, und der SPD, die den Magistrat dominierte. Noch heute marschieren am zweiten Sonntag im Januar Menschen, die zumeist der Partei Die Linke nahestehen, zur Gedenkstätte der Sozialisten auf dem Zentralfriedhof Friedrichsfelde.

Die Ereignisse des Januar 1919 verfestigten die Feindschaft zwischen den beiden Parteien der Arbeiterbewegung, die bis heute fortbesteht. Für die Weimarer Republik war die Klärung des grundsätzlichen politischen Zielkonflikts zwischen SPD und KPD einerseits eine notwendige Existenzbedingung, andererseits eine schwere Belastung.

1919

4. Januar Entlassung des Polizeipräsidenten Emil Eichhorn (USPD) durch den Rat der Volksbeauftragten

5. Januar Beschluss zum Aufstand bei sechs Gegenstimmen, Einsetzung eines Revolutionsausschusses, gleichberechtigte Vorsitzende sind Karl Liebknecht (KPD), Georg Ledebour (USPD) und Paul Scholze (Revolutionäre Obleute).

6. Januar Der Revolutionsausschuss erklärt den Rat der Volksbeauftragten für abgesetzt.

Die SPD ruft ihre Anhänger in die Berliner Wilhelmstraße, wo sie durch ihre Präsenz die Regierung schützen sollen.

Beschluss des Rates der Volksbeauftragten zur Schaffung loyaler militärischer Verbände, Noske übernimmt den militärischen Oberbefehl.

7. Januar Die Aufständischen besetzen verschiedene Gebäude, u. a. erneut die Redaktion des sozialdemokratischen Parteiorgans „Vorwärts“.

8. Januar Aufruf der Regierung zur gewaltsamen Bekämpfung des Aufstands

9. Januar Aufruf des Revolutionsausschusses zum Generalstreik

11. Januar Stürmung des „Vorwärts“-Gebäudes und der anderen besetzten Pressenhäuser durch Regierungstruppen, sieben Parlamentäre werden von Regierungstruppen erschossen.

12. Januar Niederschlagung des Aufstands, insgesamt gibt es 165 Tote.

15. Januar Freikorps besetzen Berlin.

Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg werden ermordet.

16. Januar Vier Mitglieder des Arbeiter- und Soldatenrates werden im Tegeler Forst von Soldaten der Freikorps ermordet.

25. Januar Karl Liebknecht und 31 weitere Spartakisten werden in Friedrichsfelde bestattet, für Rosa Luxemburg, deren Leichnam erst im Mai gefunden wird, wird ein leerer Sarg beigelegt.

Nachspann: die Nationalversammlung

So wie es der im Dezember 1918 tagende Kongress der Arbeiter- und Soldatenräte beschlossen hatte, wurde am 19. Januar 1919 die Nationalversammlung gewählt. Sie tagte in Weimar, weil die Situation in Berlin noch zu unruhig war. Deshalb wird die erste Demokratie auf deutschem Boden als Weimarer Republik bezeichnet. Erstmals durften auch Frauen wählen. Außerdem wurde das Wahlalter von 25 auf 20 Jahre gesenkt. Dadurch stieg die Anzahl der Wahlberechtigten um 20 Millionen. Die SPD, die schon bei den Reichstagswahlen vor dem Krieg stärkste Partei geworden war, steigerte ihren Stimmenanteil nochmals und erhielt 37,9 Prozent, war aber von der erhofften absoluten Mehrheit weit entfernt. Die katholischen Parteien Zentrum und Bayerische Volkspartei kamen auf 19,7 Prozent und die linksliberale Deutsche Demokratische Partei, die als Nachfol-

gepartei der Fortschrittlichen Volkspartei angesehen werden kann, erzielte 18,5 Prozent. Diese Parteien, die schon 1917 im Interfraktionellen Ausschuss zusammengearbeitet hatten, bildeten gemeinsam die Regierung der sogenannten Weimarer Koalition. Die KPD hatte die Wahl boykottiert, die USPD kam lediglich auf 7,6 Prozent. Auf der rechten Seite des Parteienspektrums erreichten die Deutschnationale Volkspartei (DNVP) 10,3 Prozent und die Deutsche Volkspartei (DVP) 4,4 Prozent.

Der Eindruck großer Stabilität, den das Wahlergebnis suggerierte, relativierte sich allerdings rasch. Schon bei den ersten regulären Reichstagswahlen im Juni 1920 erreichten die Parteien der „Weimarer Koalition“, die noch im Jahr zuvor über eine Dreiviertelmehrheit verfügt hatten, nicht einmal mehr die einfache Mehrheit der Stimmen, während die beiden Parteien am rechten Rand ihren Stimmenanteil glatt verdoppelten. Tatsächlich erwiesen sich die Verhältnisse als wenig stabil. In den 14 Jahren der Weimarer Republik wurde acht Mal der Reichstag gewählt und es gab 20 verschiedene Regierungen.

Der Vater der Weimarer Verfassung war der liberale Staatsrechtslehrer und Politiker Hugo Preuß, der das Bürgertum bereits am 14. November 1918 dazu aufgerufen hatte, sich auf den Boden der Tatsachen zu stellen und am Aufbau der Republik mitzuwirken. Am Tag darauf hatte Ebert ihn zum Staatssekretär im Reichsamt des Inneren ernannt und mit der Ausarbeitung einer neuen Verfassung beauftragt. Diese erste demokratische deutsche Verfassung nahm viele Ideen aus der



1. Juni 1919, Weimar. Die weiblichen Abgeordneten der SPD in der Weimarer Nationalversammlung. Unter ihnen Marie Juchacz (vorn sitzend, 3. v. r.): Sie sprach am 19. Februar 1919 als erste Frau in einem deutschen Parlament.



6. Juni 1920, München. Wählerinnen und Wähler vor einem Wahllokal zur Reichstagswahl

Paulskirchenverfassung von 1849 auf. Sie enthielt zahllose Fortschritte, hatte aber auch Schwächen, so die zu starke Stellung des Reichspräsidenten, die in der Zeit der Präsidialkabinette ab 1930 ein Regieren am Parlament vorbei ermöglichte.

Bei der Formulierung des Grundgesetzes von 1949 hat man versucht, aus den „Lehren von Weimar“ Konsequenzen zu ziehen. Das Grundgesetz schuf den Rahmen für eine funktionsstüchtige parlamentarische Demokratie. Sie war und ist nach ihrem Selbstverständnis keine neutrale, sondern eine wehrhafte Demokratie, die sich der Devise „Keine Freiheit den Feinden der Freiheit“ verpflichtet weiß. Nicht nur wurde die Verfassung durch ein eigenes Amt geschützt. Zahlreiche Bestimmungen, darunter das konstruktive Misstrauensvotum, das eine Abwahl des Bundeskanzlers durch eine negative Mehrheit verhindert, die Fünfprozentklausel, die eine Aufsplitterung in zu viele kleine Parteien und damit instabile Regierungen verhindern soll, die Möglichkeit des Parteienverbots, die Beschränkung des Bundespräsidenten auf eine repräsentative Rolle, die starke Stellung des Bundesverfassungsgerichts, sollen Gefährdungen, wie es sie in der Weimarer Republik gegeben hat, entgegenwirken.

1918

30. November Verordnung über die Wahlen zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung: „Wahlberechtigt sind alle deutschen Männer und Frauen, die am Wahltag das 20. Lebensjahr vollendet haben.“

1919

19. Januar Wahl der Nationalversammlung

6. Februar Konstituierende Sitzung der Nationalversammlung

10. Februar Gesetz über die vorläufige Reichsgewalt: „Die verfassunggebende deutsche Nationalversammlung hat die Aufgabe, die künftige Reichsverfassung sowie auch sonstige dringende Reichsgesetze zu beschließen.“ (§ 1)

11. Februar Die Nationalversammlung wählt Friedrich Ebert zum Reichspräsidenten.

13. Februar Philipp Scheidemann (SPD) wird Reichsministerpräsident, Hugo Preuß (DDP) Reichsinnenminister. Scheidemann tritt bereits am 20. Juni zurück, weil er den Versailler Friedensvertrag nicht unterzeichnen will.

28. Juni Unterzeichnung des Friedensvertrags durch Außenminister Hermann Müller (SPD)

31. Juli Die Nationalversammlung beschließt die Weimarer Reichsverfassung.

14. August Die Verfassung tritt in Kraft.

Deutungen

Die deutsche Revolution von 1918/19 ist in ihrer Deutung, Bewertung und Einordnung so umstritten wie kaum ein anderes Ereignis der deutschen Geschichte. Das ist nicht ganz überraschend, weil gerade bei einem revolutionären Umbruch der eigene Standpunkt unvermeidlich in die Beurteilung einfließt. Aus konservativer, sozialdemokratischer oder sozialistischer bzw. kommunistischer Sicht wird das Ereignis naturgemäß jeweils ganz unterschiedlich beurteilt. Schwierigkeiten bereitet dabei der Umgang mit Begriffen wie „die verratene Revolution“. Denn hierbei geht es nicht nur um unterschiedliche Erwar-

Zur Eröffnung der verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung, 6. Februar 1919

[...] Wir haben den Krieg verloren. Diese Tatsache ist keine Folge der Revolution. Es war die Kaiserliche Regierung des Prinzen Max von Baden, die den Waffenstillstand einleitete, der uns wehrlos machte. Nach dem Zusammenbruch unserer Verbündeten und angesichts der militärischen und wirtschaftlichen Lage konnte sie nicht anders handeln. Die Revolution lehnt die Verantwortung ab für das Elend, in das die verfehlte Politik der alten Gewalten und der leichtfertige Übermut der Militaristen das deutsche Volk gestürzt haben.

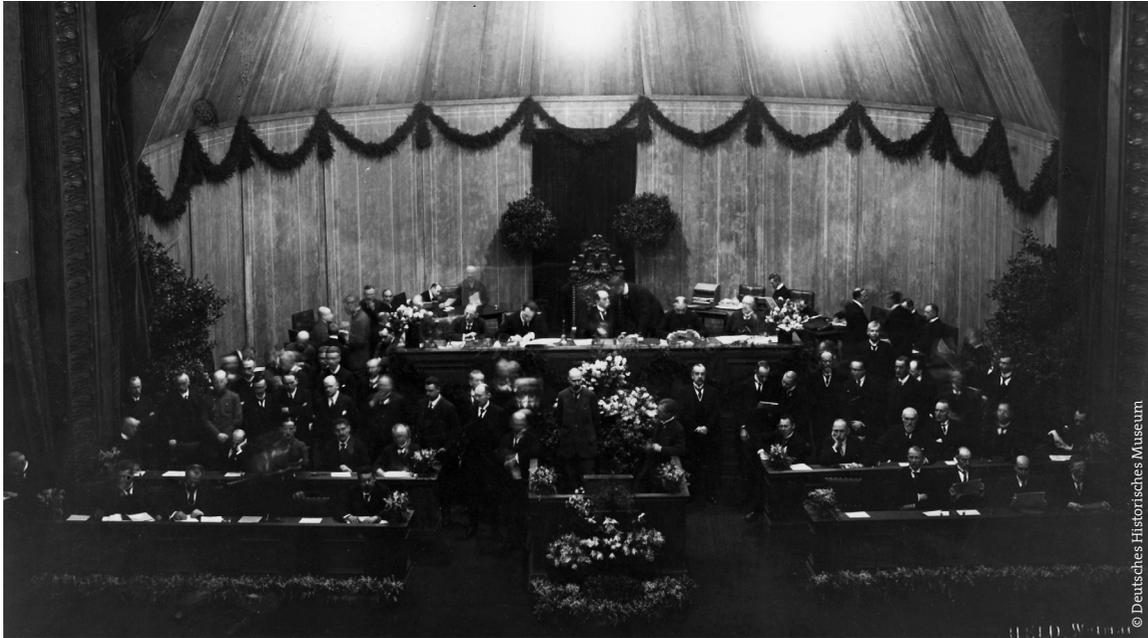
[...] Die provisorische Regierung hat eine sehr üble Herrschaft angetreten. Wir waren im eigentlichsten Wortsinne die Konkursverwalter des alten Regimes: Alle Scheuern, alle Lager waren leer, alle Vorräte gingen zur Neige, der Kredit war erschüttert, die Moral tief gesunken. Wir haben, gestützt und gefördert vom Zentralrat der Arbeiter- und Soldatenräte, unsere beste Kraft eingesetzt, die Gefahren und das Elend der Übergangszeit zu bekämpfen. Wir haben der Nationalversammlung nicht vorgegriffen. Aber wo Zeit und Not drängten, haben wir die dringlichsten Forderungen der Arbeiter zu erfüllen uns bemüht. Wir haben alles getan, um das wirtschaftliche Leben wieder in Gang zu bringen. [...]

Friedrich Ebert: Schriften, Aufzeichnungen, Reden, Bd. 2, Dresden 1926, S. 149, S. 154

tungshorizonte, sondern auch um den Vorwurf, dass politische Akteure ihre Ziele verraten haben, etwas anderes getan haben, als sie zuvor gesagt haben oder als es den Erwartungen ihrer Anhängerschaft entsprach. Dieser Vorwurf des Verrats traf insbesondere die Sozialdemokratie. Das begann bereits 1914, als die Reichstagsfraktion der SPD den Kriegskrediten zustimmte.

In diesem Zusammenhang ist es sicherlich sinnvoll, sich noch einmal zu vergegenwärtigen, was in den entscheidenden Wochen der deutschen Revolution 1918/19 passiert ist und dies in Beziehung zu setzen zu den Gesetzmäßigkeiten, die der Politikwissenschaftler Wolfgang Merkel beim Übergang von autokratischen zu demokratischen Systemen ermittelt hat. Merkel unterscheidet drei Phasen. In der ersten Phase, die durch interne Ursachen, zum Beispiel eine Legitimitätskrise, oder durch externe Ursachen, zum Beispiel eine Kriegsniederlage, ausgelöst sein kann, gibt es unterschiedliche Verlaufsformen, für die sich unterschiedliche historische Beispiele finden lassen.

Verlaufsformen	historische Beispiele
lang dauernde, evolutionäre Demokratisierung	Großbritannien
von den alten Funktionseliten gelenkter Systemwechsel	die Oktoberreformen 1918 und der Versuch eines von oben eingeleiteten Parlamentarisierungsprozesses
von unten erzwungener Systemwechsel ohne Verhandlungen	die Französische Revolution 1789
Systemwechsel nach Aushandlung von Kompromissen zwischen alten und neuen Eliten	der November 1918 mit dem Ebert-Groener-Pakt und dem Stinnes-Legien-Abkommen
abrupter Kollaps des alten Systems, häufig aufgrund äußerer Ursachen	die Russische Revolution
Zerfall von Imperien und Gründung neuer Staaten	der Zerfall des Zarenreiches, des Habsburger Reiches und des Osmanischen Reiches nach dem Ende des Ersten Weltkriegs



7. Februar 1919, Weimar. 3. Sitzung der Nationalversammlung: Hugo Preuß (DDP) trägt als zuständiger Staatssekretär des Inneren den Gesetzesentwurf über die vorläufige Reichsgewalt vor.

An dieser Tabelle wird deutlich, dass für die deutsche Revolution 1918/19 der Systemwechsel nach Aushandlung von Kompromissen zwischen alten und neuen Eliten stattfand. Kennzeichnend hierfür sind vor allem der Ebert-Groener-Pakt und das Stinnes-Legien-Abkommen.

Die zweite Phase der Systemtransformation ist die der Institutionalisierung demokratischer Strukturen. Im Kern geht es dabei um die Verabschiedung einer neuen Verfassung. Das geschah in Deutschland am 31. Juli 1919. Eine entscheidende Weichenstellung brachte allerdings schon der erste Reichsrätekongress im Dezember 1918, der mit überwältigender Mehrheit für die Wahlen zur Nationalversammlung stimmte und mit ebenfalls sehr großer Mehrheit den Antrag ablehnte, das Räte-system zur Grundlage einer neuen Verfassung zu machen. Hier wurde keine Revolution „verraten“. Es war einfach so, dass das sozialdemokratische Delegiertenkontingent auf diesem Kongress sehr viel größer war als das der USPD und beide Parteien unterschiedliche politische Vorstellungen hatten. Diese unterschiedlichen Größenordnungen bei den Delegierten entsprachen den Verhältnissen im Land. Das zeigte sich auch bei den Wahlen zur Nationalversammlung, als die SPD 37,9 Prozent erreichte, die USPD aber nur 7,6 Prozent. Die KPD hatte zu diesem Zeitpunkt noch den Status einer Splitterpartei und trat zu den Wahlen gar nicht an. Anders gesagt: Die Parteien, die eine sozialistische Revolution anstrebten, hatten nur einen kleinen Teil der Bevölkerung hinter sich. Die große Mehrheit wollte Parlamentarisierung und Demokratie, aber keine Diktatur des Proletariats.

In die Weimarer Reichsverfassung fand der Rätegedanke dann Eingang im Artikel 165, dem letzten Artikel des fünften Abschnittes „Das Wirtschaftsleben“. Dort ist die Rede von Bezirksarbeiterräten und einem Reichsarbeitererrat, der sich mit Vertretern der Unternehmerschaft zu einem Reichswirtschaftsrat zusammenschließen sollte. Ein vorläufiger Reichswirtschaftsrat wurde 1920 gegründet, entfaltete aber bis zu seiner Auflösung 1934 kaum Aktivitäten. Der Rätegedanke, der sich nicht nur im Grundgesetz der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik vom 10. Juli 1918 durchgesetzt hatte, sondern auch in der frühen Nachkriegszeit in Ungarn und

Deutschland eine erhebliche Rolle gespielt hatte, kam auf Dauer außerhalb der Sowjetunion nirgends zum Tragen. Und ein Nebeneinander von Parlament und Räten, eine „Doppelherrschaft“, die nicht wenige linke Vordenker damals propagierten, konnte sich nie irgendwo etablieren. Gleichwohl gibt es bis heute immer wieder Stimmen, die in der strikten Abwehr von Versuchen in diese Richtung durch SPD und Gewerkschaften eine verpasste Chance sehen wollen.

Die dritte Phase der Systemtransformation ist die der Konsolidierung. Die neue Verfassung muss zunächst formal legitimiert werden. So gewinnt die Politik an Berechenbarkeit und kann sich an institutionell abgesicherten Normen orientieren. Das in der Verfassungstheorie festgeschriebene neue System muss sich aber auch in der Verfassungswirklichkeit bewähren. Dafür müssen Legislative, Exekutive und Judikative zusammenwirken. Nur so kann ein neuer gesellschaftlicher Grundkonsens (Common Sense) entstehen, auf dessen Boden sich eine zivilgesellschaftliche Bürgerkultur entwickeln kann.

Diese dritte Phase hat die Weimarer Republik nur unter großen Schwierigkeiten bewältigt. In den ersten Jahren – man denke an den Kapp-Lüttwitz-Putsch, kommunistische Aufstandsversuche und den Hitler-Ludendorff-Putsch – herrschten bürgerkriegsähnliche Zustände. Ein großer Teil der alten Eliten stand dem neuen System mehr oder weniger ablehnend gegenüber. Insbesondere in der Judikative gab es massive republikfeindliche Einstellungen. So musste sich Reichspräsident Ebert noch kurz vor seinem Tod vom Amtsgericht Magdeburg bescheiden lassen, er habe als Teilnehmer am Januarstreik 1918 Landesverrat begangen. Er hatte sein Amt unter schwierigen Umständen angetreten. Bisweilen überschätzte er die Gefahr einer kommunistischen Machtübernahme, unterschätzte gleichzeitig die Risiken einer vorbehaltlosen Kooperation mit den alten Eliten und nutzte nicht immer die Spielräume zum Aufbau einer neuen zukunftsweisenden Ordnung. Friedrich Ebert war das erste demokratisch gewählte Staatsoberhaupt der deutschen Geschichte. Von nationalistischen Gegnern der neuen Republik gnadenlos verfolgt bis zuletzt, starb er bereits mit 54 Jahren.

Literaturhinweise

Adolph, Hans J. L.: Otto Wels und die Politik der deutschen Sozialdemokratie 1894–1939, Berlin 1971, 400 S.

Aust, Martin: Die Russische Revolution. Vom Zarenreich zum Sowjetimperium, München 2017, 279 S.

Bernstein, Eduard: Die deutsche Revolution von 1918/19. Geschichte der Entstehung und ersten Arbeitsperiode der deutschen Republik, hg. u. eingeleitet v. Heinrich August Winkler, annotiert von Teresa Löwe, Bonn 1998, 352 S.

Deist, Wilhelm: Die Politik der Seekriegsleitung und die Rebellion der Flotte Ende Oktober 1918, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 14/1966, Heft 4, S. 341–368

Der deutsche Kommunismus. Dokumente 1915–1945, hg. v. Hermann Weber, 3. Aufl., Köln 1973, 463 S.

Die deutsche Revolution 1918–1919. Dokumente, hg. v. Gerhard A. Ritter / Susanne Miller, 2., erhebl. erw. u. überarb. Aufl., Frankfurt/Main 1975, 502 S.

Dittmann, Wilhelm: Erinnerungen, hg. v. Jürgen Rohjahn, 3 Bde., Frankfurt/Main 1995

Ebert, Friedrich: Schriften, Aufzeichnungen, Reden, Bd. 2, Dresden 1926, 357 S.

Die Erste Republik. Dokumente zur Geschichte des Weimarer Staates, hg. v. Peter Longerich, München 1992, 511 S.

Friedrich Ebert 1871–1925. Mit einem einführenden Aufsatz von Peter-Christian Witt, hg. v. Werner Krause, 2., veränderte Aufl., Bonn 1980, 216 S.

Friedrich Ebert und seine Zeit. Bilanz und Perspektiven der Forschung, hg. v. Rudolf König / Hartmut Soell / Hermann Weber, 2. Aufl., München 1991, 182 S.

Gallus, Alexander: Deutsche Revolution 1918/19. Die Etablierung der Weimarer Republik, in: Deutsche Zäsuren. Systemwechsel vom Alten Reich bis zum wiedervereinten Deutschland. Sammelband koordiniert von Alexander Gallus, hg. v. d. Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, München 2006, S. 133–163

Der Gründungsparteitag der KPD. Protokolle und Materialien, hg. v. Hermann Weber, Frankfurt/Main 1969, 345 S.

Hildermeier, Manfred: Die Russische Revolution 1905–1921, Frankfurt/Main 1989, 350 S.

Hirschfeld, Gerhard / Krumeich, Gerd / Renz, Irina (Hg.): 1918. Die Deutschen zwischen Weltkrieg und Revolution, Berlin 2018, 312 S.

Jones, Mark: Am Anfang war Gewalt. Die deutsche Revolution 1918/19 und der Beginn der Weimarer Republik, Berlin 2017, 432 S.

Käppner, Joachim: 1918. Aufstand für die Freiheit. Die Revolution der Besonnenen, München 2017, 528 S.

Klemperer, Victor: „Man möchte immer weinen und lachen in einem“. Revolutionstagebuch 1919, Berlin 2015, 263 S.

Kluge, Ulrich: Die deutsche Revolution 1918/1919. Staat, Politik und Gesellschaft zwischen Weltkrieg und Kapp-Putsch, Frankfurt/Main 1985, 248 S.

Ders.: Soldatenräte und Revolution. Studien zur Militärpolitik in Deutschland 1918/19, Göttingen 1975, 518 S.

Kolb, Eberhard: Die Arbeiterräte in der deutschen Innenpolitik 1918–1919, Frankfurt/Main u.a. 1978, 443 S.

Kolb, Eberhard / Schumann, Dirk: Die Weimarer Republik, 8., aktual. u. erw. Aufl., München 2013, 386 S.

Merkel, Wolfgang: Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung, 2. Aufl., Wiesbaden 2010, 564 S.

Merridale, Catherine: Lenins Zug. Eine Reise in die Revolution, Frankfurt/Main 2017, 384 S.

Müller, Richard: Der Bürgerkrieg in Deutschland, ND Berlin 1974, 244 S.

Ders.: Vom Kaiserreich zur Republik. Ein Beitrag zur Geschichte der revolutionären Arbeiterbewegung während des Weltkrieges, ND Berlin 1974, 219 S.

Neitzel, Sönke: Weltkrieg und Revolution 1914–1918/19, Berlin/Brandenburg 2008, 204 S.

Niess, Wolfgang: Die Revolution von 1918/19 in der deutschen Geschichtsschreibung. Deutungen von der Weimarer Republik bis ins 21. Jahrhundert, Berlin/Boston 2013, 628 S.

Peuckert, Detlev J. K.: Die Weimarer Republik. Krisenjahre der Klassischen Moderne, Frankfurt/Main 1987, 320 S.

Ullrich, Volker: Die Revolution von 1918/19, München 2009, 127 S.

Die vergessene Revolution von 1918/19, hg. v. Alexander Gallus, Göttingen 2010, 248 S.

Wehler, Hans-Ulrich: Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 4: Vom Beginn des Ersten Weltkrieges bis zur Gründung der beiden deutschen Staaten 1914–1949, 2. Aufl. München 2003, 1173 S.

Weidemann, Volker: Träumer. Als die Dichter die Macht übernahmen, Köln 2017, 288 S.

Winkler, Heinrich August: Die Vermeidung des Bürgerkrieges. Zur Kontinuität sozialdemokratischer Politik in der Weimarer Republik, in: Nation und Gesellschaft in Deutschland. Historische Essays, hg. v. Manfred Hettling / Paul Nolte, München 1996, S. 282–304

Ders.: Von der Revolution zur Stabilisierung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1918 bis 1924, 2. Aufl., Berlin/Bonn 1985, 786 S.



Impressum

Der Autor:

Ernst Piper, 1952 in München geboren, lebt heute in Berlin. Er ist apl. Professor für Neuere Geschichte an der Universität Potsdam und hat zahlreiche Bücher zur Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts publiziert, zuletzt „Nacht über Europa. Kulturgeschichte des Ersten Weltkrieges“ (2014) und „Rosa Luxemburg. Ein Leben“ (2018).

Redaktionsschluss:

Juli 2018

Herausgeberin:

Bundeszentrale für politische Bildung/bpb, Adenauerallee 86, 53113 Bonn, Fax-Nr.: 02 28/995 15-309, Internetadresse: www.bpb.de/izpb, E-Mail: info@bpb.de

Redaktion:

Christine Hesse (verantwortlich/bpb), Jutta Klaeren, Dr. André Hein (Volontär)

Außenlektorat und -redaktion:

Gabi Gumbel, Mannheim

Bildredaktion:

Dr. Manfred Jehle, Berlin

Titelbild:

bpk

Gesamtgestaltung:

KonzeptQuartier® GmbH, Art Direktion: Linda Spokojny, Hirschenstraße 16, 90762 Fürth

Druck:

apm alpha print medien AG, 64295 Darmstadt

Vertrieb:

IBRo, Kastanienweg 1, 18184 Roggentin, Fax: 03 82 04/66-273 oder E-Mail: bestellungen@shop.bpb.de

Diese Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung der Bundeszentrale für politische Bildung dar. Für die inhaltlichen Aussagen trägt der Autor die Verantwortung.